Lübecker Volksbote

Organ für die Interessen der werktätigen Bevölkerung

Der „Lübecker Volksbote" erscheint täglich nachmittags (außer an Sonn- und Festtagen) und ist durch die Expedition, Johannisstraße 46, sowie durch die Post zu beziehen. — Der Abonnementspreis beträgt bei der Lieferung durch die Austräger vierteljährlich 4.50, monatlich 1.50 Mk.

Redaktion und Geschäftsstelle: Johannisstraße Nr. 46 Fernsprecher Nr. 926

Die Anzeigengebühr beträgt für die siebengespaltene Petitzeile oder deren Raum 80 Pfg., Versammlungs-, Arbeits- und Wohnungsanzeigen 70 Pfg., auswärtige Anzeigen 80 Pfg. — Anzeigen für die nächste Nummer müssen bis 9 Uhr vormittags, größere früher, in der Expedition abgegeben werden.

Nr. 294. Mittwoch, den 17. Dezember 1919. 26. Jahrg.

Die Lehren des Lindner-Prozesses.

Ueber die Tat Lindners und ihre Begleitumstände sprechen die „Unabhängigen" nicht gern. „Eine Affekthandlung — Reflexwirkung der Ermordung Eisners" — damit glauben Sie die Sache abgetan zu haben. Aber der Tat kommt eine weit größere politische Bedeutung zu.

Mag Lindner auch ein leicht erregbarer, jähzorniger Mensch gewesen sein, auf dessen Seelenstimmung die Nachricht von der Ermordung Eisners erschütternd einwirkte, so ist doch zunächst der Umstand auffällig, daß sich sein Zorn nicht etwa gegen einen Gesinnungsgenossen oder Standesgenossen des feudalen, reaktionären Attentäters auf Eisner richtete, sondern gegen einen Führer der sozialdemokratischen Mehrheitspartei. Durch die Verhandlungen in München ist dieser Umstand in eigentümlicher Weise geklärt worden: Gegen unsern Genossen Ehrhard Auer hatte sich die Schmutzflut jener systematischen „unabhängigen" Verleumdungskampagne gewälzt, von der noch kein mehrheitssozialistischer Führer verschont geblieben ist. Die gemeinsten, ekelhaftesten und stinkendsten Lügen waren von linksradikaler Seite gegen Auer zusammengetragen worden, Lügen, denen gegenüber selbst der Verteidiger des Angeklagten es für Ehrenpflicht hielt, auszusprechen, daß nicht ein Wort von ihnen bewiesen oder wahr sei. Das hat freilich die „unabhängige" Presse nicht gehindert, in der Zeugenaussage des Sekretärs Fechenbach, der all jene Schmutzgerüche noch einmal in behaglicher Breite vortrug (in allen anderen Punkten litt er an Gedächtnisschwäche), die lügenhaften Beschuldigungen gegen Auer durch Fett- und Sperrdruck nochmals hervorzuheben, damit ihre Leser nur nach wie vor glauben sollten, es seien lautere Wahrheiten. Die Widerlegung wird natürlich weggelassen und die Leser glauben . . . .

Hier haben wir eine treffliche Illustration der Hetzkampagne, deren Opfer auch Lindner geworden ist. Auch er hat geglaubt. Auch er hat die von skrupellosen Agitatoren ausgeheckten stinkigen Lügen für lautere Wahrheit genommen. Der Gedanke, Auer zu töten, ist in ihm schon lange vor der Ermordung Eisners aufgekeimt; er ist ja der Mann, der Auer vor seiner Wohnung aufgelauert hat. So kann man ohne die geringste Uebertreibung sagen, daß Auer unmittelbar durch die Kugel, mittelbar aber durch das Gift der „unabhängigen" Verleumdungsmethode hingestreckt worden ist.

Aber die Beweisaufnahme hat noch mehr ergeben: sie zeigt Lindners Tat als nur ein Teilstück eines politisch viel bedeutenderen Vorgangs, nämlich der gewaltsamen Auseinanderjagung des bayerischen Landtags. Was von „unabhängiger" Seite stets geleugnet und bestritten worden ist, liegt jetzt sonnenklar zutage: daß ein Anschlag auf den bayerischen Landtag am 21. Februar 1919 planmäßig vorbereitet und ausgeführt worden ist. Ein Anschlag, der auch ohne Lindners Tat in ähnlicher Form zur Ausführung gelangt wäre.

Am 21. Februar war die Situation der Münchener Räte fast dieselbe wie die der russischen Bolschewiki ein Jahr vorher, als die russische Duma zusammentrat. Die Bolschewiki hatten im Oktober 1917 die tatsächliche Macht erlangt, aber die von ihnen ausgeschriebenen Wahlen hatten gegen sie entschieden; sie hatten kaum den vierten Teil der Parlamentssitze erlangt. Um die Macht nicht an das Parlament abtreten zu müssen, jagten sie dieses mit Kanonen und Bajonetten auseinander.

Noch viel schlimmer war die Wahlniederlage der bayerischen „Unabhängigen" bei den Januarwahlen gewesen. Sie hatten noch nicht 3 Proz. der abgegebenen Stimmen erlangt. Aber die Macht schmeckte süß. Sie zeigten keine Neigung, die Konsequenzen dieser katastrophalen Niederlage zu ziehen. Eisner und wenige seiner engeren Anhänger waren vielleicht zum Nachgeben geneigt; die große Masse der Räte vom Kaliber Alois Lindners, dessen engen politischen Horizont sein eigener Verteidiger als Milderungsgrund ins Treffen geführt hat, dachten gar nicht daran, ihre Posten preiszugeben, die ein so bequemes Leben sicherten. Kein Anzeichen spricht dafür, daß der „Revolutionäre Arbeiterrat" jemals auch nur im Geiste daran gedacht hat, seine Macht dem Parlament abzutreten.

Unter solchen Umständen blieb ihm garnichts anderes übrig, als das Parlament nach russischem Muster auseinanderzujagen. Die große moralische Entrüstung, mit der jetzt die „Unabhängigen" diesen Plan leugnen, wirkt einfach lächerlich. Man braucht nur einmal die Frage aufzuwerfen: Wie wollte denn der Revolutionäre Arbeiterrat seine Macht anders behaupten, — und daß er sie behaupten wollte, steht doch außer allem Zweifel!

Doch nicht nur der logische Zusammenhang der Dinge beweist den Plan, es liegen auch genügend eindeutige Tatsachen vor. Folgendes ist durch die Verhandlung völlig einwandfrei und unwiderleglich festgestellt worden: Zu der ersten Sitzung des Parlaments konnten die Abgeordneten selber für ihre Angehörigen keine Tribünenkarten bekommen. Der Revolutionäre Arbeiterrat hatte sie sämtlich für seine Mitglieder und Anhänger beschlagnahmt. Ein zuverlässiges Regiment, das den Landtag schützen sollte, wurde vom Arbeiterrat abgefangen und aufgelöst. Dagegen erhielt der Landtag eine Besatzung, deren Mitglieder nicht einmal zu bewegen waren, den auf frischer Tat betroffenen Attentäter Lindner zu verhaften, und welche die Abgeordneten bedrohten, anstatt sie zu beschützen. Die Abgeordneten selber wurden beim Eintritt in den Saal auf Waffen durchsucht. Die Mitglieder des Arbeiterrats dagegen erschienen schwerbewaffnet mit Revolvern und Handgranaten. Nachdem Lindner sein Attentat vollführt hatte, wurden von der Tribüne aus, auf der die Arbeiterratsmitglieder saßen, noch zirka zwölf Schüsse in den Saal abgegeben, denen der Zentrumsabgeordnete Osel zum Opfer fiel. Es ist einwandfrei festgestellt worden, daß Osel von der Tribüne aus, nicht von Lindner, erschossen wurde. Den flüchtenden Abgeordneten rief der Vorsitzende des Arbeiterrats, Hagemeister, zu: „Das ist die Rache des Proletariats!" Und während man sich um die Schwerverletzten und Sterbenden bemühte, suchten schwerbewaffnete Anhänger des Arbeiterrats nach den Genossen Timm und Roßhaupter, um ihre Leichen denen der Gefallenen zuzufügen.

Wenn dies nicht das Bild eines vollendeten Komplotts ist, so hat es noch nie ein solches in der Weltgeschichte gegeben. Dem Gesamtbild gegenüber spielt es nur eine geringe Rolle, ob die Tat Lindners zum ursprünglichen Programm gehörte oder infolge der besonderen Erregbarkeit Lindners programmwidrig dazugekommen ist. Sicher ist: auch Lindners Tat konnte sich nur in der Atmosphäre eines Arbeiterrats entwickeln, der unmittelbar zu einer Gewalthandlung großen Stils entschlossen war. Lindner hat seine Absicht den übrigen Arbeiterräten vorher mitgeteilt, — niemand hat ihn zurückgehalten, — er hat sich nach der Tat gerühmt, niemand hat ihn verhaftet. In München ist weit mehr geschehen, als die Affekthandlung eines Einzelnen: ein politisches Verbrechen größten Stils!

Deutsche Nationalversammlung.

130. Sitzung.

Berlin, 16. Dezember 1919.

Auf der Tagesordnung stehen zunächst Anfragen.

Auf eine Anfrage des Abgeordneten Delius (DDP.) über die Maßnahmen der Regierung zur Linderung der Not der aus Elsaß-Lothringen Vertriebenen macht

Unterstaatssekretär Dr. Lewald ausführliche Mitteilung von den Maßnahmen, die die Regierung in Aussicht genommen hat, um den vertriebenen Elsaß-Lothringern zu Hilfe zu kommen, und schließt, daß die Reichsregierung hoffe, daß die aus Elsaß-Lothringen vertriebenen deutschen Brüder an diesen Maßnahmen erkennen werden, daß für sie hier ein warmes Herz schlägt.

Darauf folgt die zweite Beratung des Entwurfes eines Gesetzes betreffend die

Sozialisierung der Elektrizitätswirtschaft.

Beim § 1, wonach unter Führung des Reiches Körperschaften oder Gesellschaften zur Erzeugung und Fortleitung elektrischer Kraft gebildet werden sollen, aber noch ein bis zum 1. April 1921 einzubringendes Gesetz zur weiteren Regelung der Elektrizitätswirtschaft vorgesehen wurde, findet eine allgemeine Besprechung statt.

Berichterstatter Abgeordneter Fall: Der Ausschuß war sich mit allen seinen Mitgliedern und mit der Regierung darüber einig, daß die Elektrizitätswirtschaft vereinigt und zusammengefaßt werden muß. Im Ausschuß sind wir schließlich zu einem Kompromiß zwischen Zentralisation und Dezentralisation gekommen. Das zu erstrebende Ziel soll durch eine Einteilung Deutschlands in Bezirke erreicht werden. In diesen Bezirken sollen alle in Betracht kommenden Anlagen zusammengeschlossen werden zu einheitlicher Versorgung des gesamten Gebietes mit elektrischer Kraft. Wir haben versucht, die endgültige Entscheidung auf eine nahe Zukunft zu verschieben. Hierüber heißt es im § 1: Das Nähere bestimmt ein bis zum 1. April 1921 einzubringendes Gesetz zur Regelung der Elektrizitätswirtschaft, soweit sie nicht bereits in diesem Gesetz erfolgt ist.

Krüger (SD.): Die Demokratie kann erst dann festen Boden gewinnen, wenn der Wirtschaftsprozeß aus der Hand des Privatkapitals in die Hände der Volksgesamtheit übergeführt wird. Die Sozialisierung darf aber nicht dazu führen, daß der Betrieb unter die Herrschaft eines Beamtenapparates gestellt wird, ein weitgehendes Mitbestimmungsrecht der Arbeiter und Konsumenten ist notwendig. Die Sozialisierung der Elektrizitätswirtschaft ist höchste wirtschaftliche Notwendigkeit.

Ein Zentumsabgeordneter erklärt, daß gegen den Zweck des Gesetzes, die Elektrizitätserzeugung unter Schonung der Steinkohlen vorzunehmen, von keiner Seite Einwand erhoben werde. Ein Abgeordneter der Deutschnationalen erklärt, daß der größere Teil seiner Freunde das Gesetz ablehnen werde. Ein Redner der Deutschen Volkspartei billigt das Ziel des Gesetzes, der eingeschlagene Weg sei aber verfehlt. Der Redner die „Unabhängigen" erklärt, daß seine Fraktion das Gesetz ablehne, da es den Arbeitern nur eine Sozialisierung vorspiegele.

Um 1 Uhr wird die Sitzung auf 3 Uhr vertagt.

Präsident Fehrenbach eröffnet um 3 Uhr 5 Minuten den zweiten Teil der Sitzung.

Die §§ 1 bis 23 werden mit unwesentlichen Aenderungen angenommen.

Es folgt die zweite Beratung des

Entwurfes eines Umsatzsteuergesetzes.

Stock (SD.): Wenn wir in die Beratung der Vorlage eintreten, so tun wir das nur deshalb, weil die Not des Reiches außerordentlich groß ist und wir deshalb eine Ausnahme in steuerlicher Beziehung machen müssen. Viele Gegenstände, die unter die Steuer fallen, sind auch notwendige Gebrauchsgegenstände der minderbemittelte Bevölkerung. Eine mehrfache Besteuerung muß bekämpft werden. Für die Luxussteuer ist wertvoll, daß diese von den Herstellern erhoben wird, weil sonst im Kleinhandel alle unsauberen Geschäfte manche Luxusgegenstände der höhren Luxussteuer entziehen könnten. Betreffs der mit 10 Prozent berechneten Inseratensteuer beantragen wir, daß an dieser Staffelung auch die Zeitungen teilnehmen können, die mehr als 1 Million Mark Gesamteinnahmen aus den Inseraten haben. Im ganzen haben wir an der Umsatzsteuer keine Freude und stimmen nur wegen der Finanznot des Reiches zu.

Schlack (Z.): Wir stimmen dem Entwurf in der Ausschußfassung zu. Die Umsatzsteuer soll 4½ Milliarden erbringen, wovon 700 Millionen auf die Luxussteuer entfallen. Wir stimmen der Umsatzsteuer zu, weil die Finanznot es erfordert.

Wetzlich (DNP.): Das Umsatzsteuergesetz geht über das Maß dessen hinaus, was die deutsche Volkswirtschaft vertragen kann. Die Voraussetzung zum Wiederaufbau unseres Wirtschaftslebens ist, daß wir einen Preisabbau vornehmen. Durch diese Steuer wird aber gerade das Gegenteil hervorgerufen.

Waldstein (DDP.): Da die Umsatzsteuer praktisch durchführbar ist und 4 Milliarden Mark einbringt, ist sie schlechterdings nicht abzulehnen. Die Erhöhung der allgemeinen Umsatzsteuer auf 1½ Prozent hat die größten Bedenken gegen sich. Aber in der Ausschußfassung ist das Gesetz immerhin besser, als der Regierungsentwurf. Die Anzeigensteuer beruht auf die Voraussetzung, daß sie auf die Interessenten abgewälzt wird, sonst wäre sie falsch, weil sie eine Abwanderung bedeutet. Darum können wir den Versuch unternehmen, die Inseratensteuer einzuführen. Von den Herren der Presse ist dargelegt worden, daß noch größere Verteuerungen bevorstehen, daß insbesondere der Papierpreis für das Kilo sich bis auf 2 Mark erhöhen wird. Daher müssen die Einnahmen der Presse noch mehr aus den Inseraten genommen werden.

Kempaes (DVP.): Es wäre erwünscht, wenn die Inseratensteuer auf 5 Prozent ermäßigt würde. Unsere Bereitwilligkeit zur Mitarbeit leidet außerordentlich darunter, daß der ganze Etat, wie er uns vorgelegt wird, noch vollständig im Dunkeln schwebt. Wir wissen noch nicht, wie hoch die Kosten der feindlichen Besatzung sein werden. Es ist behauptet worden, daß allein für die englische Besatzungsarmee 30 Milliarden bei der heutigen Währung jährlich zu zahlen seien. (Hört, hört!) Das kann unmöglich den Tatsachen entsprechen. Es wäre erwünscht, wenn hier der Finanzminister eine Erklärung abgebe, damit wir über den Gesamtetat einigermaßen einen Ueberblick gewinnen.

Henke (USPD.) beantragt die Vertagung und bezweifelt die Beschlußfähigkeit des Hauses.

Weiterberatung: Mittwoch 10 Uhr.

Außerdem dritte Lesung des Reichsnotopfergesetzes.

Schluß 6¼ Uhr.

Die Prüfung der deutschen Note.

Der Oberste Rat der Alliierten versammelte sich unter dem Vorsitz Clemenceaus Montag morgen in dessen Wohnung. Der Rat prüfte zunächst die deutsche Antwort. Es wurde beschlossen, daß eine Konferenz zwischen den Alliierten und den deutschen Experten Dienstag stattfinden sollte, um den Fall zu erörtern, der sich auf die zufolge der Versenkung der Flotte in Scapa Flow geforderten Wiedergutmachung bezieht. Frankreich wird in dieser Konferenz durch Admiral Levasseur vertreten sein. Gewisse Teile der deutschen Antwort wurden zur Prüfung an die juristische Kommission überwiesen. Die Vertreter der Alliierten haben insbesondere den versöhnenden Ton der Note gebilligt. Eine Antwort darauf wird vorbereitet und der deutschen Delegation gegen Ende der Woche übergeben werden. Der Rat prüfte dann die durch die östereichische Delegation aufgeworfene Frage wegen Vorarlberg.

Nach einer Meldung des „Secolo" wird Ministerpräsident Nitti, einer Einladung Lloyd Georges folgend, sich nach London begeben und sich auf der Durchreise zwei bis drei Tage in Paris aufhalten.

Die deutsche Delegation zur Besprechung der Wiedergutmachungs-Angelegenheit für die Versenkung der Flotte in Scapa Flow ist Dienstag morgen 8.10 Uhr mit dem Kölner Expreß in Paris eingetroffen. Die Delegation begab sich vom Nordbahnhof sofort nach dem deutschen Bureau in Paris. Die Menge betrachtete die Delegation neugierig, enthielt sich aber sonst jeder Kundgebung.

Die Londoner Konferenz.

Lloyd George gab im Unterhause eine Erklärung über die Konferenz in London ab, nach der die Besprechungen, die zwischen den Vertretern Großbritanniens, Frankreichs, Italiens, der Vereinigten Staaten und Japans abgehalten wurden, den Abschluß des Friedens mit der Türkei und Ungarn die Adria-Frage, die Ratifikation der schon geschlossenen Verträge und deren Ausführung umfaßten. Die wirtschaftliche und finanzielle Lage wurde ausführlich besprochen. Um den Kursschwankungen, die die Interessen Frankreichs und Englands beeinträchtigen, entgegenzutreten, gab die englische Regierung ihre Einwilligung zur Herausgabe der französischen Anleihe in England. Zeitpunkt, Höhe und Bedingungen dieser Anleihe sollen durch ein Abkommen geregelt werden. Die russische Frage war ebenfalls Gegenstand längerer Besprechungen. Die Alliierten waren in dieser wie in den anderen behandelten Fragen vollständig einer Ansicht. Es wurde beschlossen, daß die Konferenz in nächster Zeit wieder zusammentreten soll, um die Friedensbedingungen mit der Türkei ins Reine zu bringen und alle Schwierigkeiten, die in der Adria-Frage entstanden sind, endgültig zu lösen.

Im Unterhaus wird die Debatte über die Konferenz nach Schluß der Winterpause stattfinden.

Vor einer neuen Umwälzung in Rußland?

Nach Meldungen aus London ist dort aus Rußland folgender Funkspruch eingelaufen:

An alle Arbeiter Westeuropas und Amerikas!

Von den Arbeitern der großen russischen Städte, die aus verschiedenen Gründen unterdrückt werden. Die russischen Arbeiter erklären vor der ganzen Welt, daß der Kommunismus zweifellos seine Unanwendbarkeit erwiesen hat. Die Kommunisten sind schuld an einem Bruderkrieg, wie ihn die Welt noch nicht gesehen. Sie haben das Land in Blut getrieft, die Industrie und die Landwirtschaft vernichtet, die Transportmittel zerstört, das Volk in Hunger geführt. Die Moral der Nation ist in kurzem schon herabgedrückt und aller Sinn für Recht und Gerechtigkeit zerstört. Damit Rußland zu einer glücklichen Zukunft gelangt, ist eine Umwälzung notwendig, in der wir Hand in Hand mit der russischen Intelligenz gehen müssen.

Mit diesem apokryphen Funkspruch läßt sich vorerst wenig anfangen. Nach Lage der Verhältnisse ist eigentlich kaum anzunehmen, daß gerade jetzt Rußland am Vorabend neuer revolutionärer Ereignisse stehen soll. Denn niemals stand die Sache des Bolschewismus so gut wie jetzt. An allen Fronten haben die bolschewistischen Heere den Ansturm der Gegner abgewehrt und dringen erfolgreich vor. Eben erst noch bestätigt der Heeresbericht des Kriegsamtes über Südrußland die Einnahme Charkows, Poltawas und Beromitschew durch die Bolschewisten. Die auf 6000 Mann zusammengeschmolzenen Streitkräfte Petljuras befinden sich südwestlich Schitomir. Petljura selbst sei nach Polen entkommen. Bei so günstigen Verhältnissen ist kaum anzunehmen, daß sich im Innern des Landes Kräfte gefunden haben sollten den Bolschewismus zu unterwerfen und seiner Macht zu entkleiden. Allerdings, Rußland ist noch weit mehr als die Vereinigten Staaten das Land der unbegrenzten Möglichkeiten und deshalb bleibt nichts weiter übrig, als abzuwarten.

Churchill warnt vor der bolschewistischen Gefahr in Asien.

Das englische Unterhaus nahm Montag das Armeebudget in Höhe von 405 Millionen Pfund Sterling an. Churchill erklärte, daß das Budget für das nächste Finanzjahr nicht den vierten Teil dieser Summe erreichen werde. Ueber die russische Frage sagt er: Die gegenüber Rußland angenommenen Richtlinien sind das Ergebnis der Beschlüsse des Obersten Rates. Die Bolschewisten werden in diesem Jahr von Koltschak und Denikin aufgehalten. Wenn aber die Truppen dieser beiden Führer aufgerieben sein werden, werden die Bolschewisten alle Kräfte freibekommen, um die lettischen Staaten, Polen und Finnland niederzuwerfen, durch Persien an die Grenze Indiens vorzudringen und ganz Asien in Unordnung zu bringen. Wenn dieser Tag kommt, werden wir uns Rechenschaft abgeben, daß wir nicht für Koltschak und Denikin kämpften, sondern diese für uns.

Für die Heimreise der deutschen Kriegsgefangenen.

Der „Köln. Volksztg." zufolge gelangte nach Köln eine Mitteilung des Kardinalstaatssekretärs Gaspari, daß der Papst erneut Schritte unternommen habe, um bei der französischen Regierung die Freilassung der Gefangenen zu erwirken. Es heißt darin, daß der Papst auf das tiefste betrübt sei, festzustellen, daß Frankreich bisher die Heimkehr der Kriegsgefangenen nicht bewilligt habe, und daß er angesichts des Weihnachtsfestes einen weiteren Schritt bei der französischen Regierung unternommen habe, von dem er hoffe, daß er von Erfolg begleitet sein werde.

In England eifert der „New Statesman", ein demokratisches Blatt, dem man sonst nicht eine besondere Vorliebe für Deutschland nachsagen kann, gegen die französische Regierung. Er nennt ihre Politik in der Kriegsgefangenenfrage eine „unmenschliche Politik". Falls die französische Regierung nicht bereit sei, mit einer Aenderung sofort zu beginnen, so sei es hohe Zeit, daß die öffentliche Meinung in England sich in einer Sache hören lasse, die den guten Glauben an die Menschlichkeit der Alliierten als ein Ganzes berühre.

Der „Manchester Guardian", das größte liberale englische Provinzblatt veröffentlicht eine Zuschrift von 850 deutschen Kriegsgefangenen, die noch immer im Internierungslager 3 in Ripon festgehalten sind. Seit Ende August habe man ihnen jede Woche versprochen, daß sie nun zurückgesandt werden sollen. Aber nie sei etwas daraus geworden. Einige von ihnen seien bereits fünf Jahre gefangen. Sie beschwören das Blatt und seine Leser, ihren Einfluß für sie auszuüben. Sie litten unter dem Mangel an warmen Kleidern, und seien ganz verzweifelt, daß sie Weihnachten fern von ihren Lieben in Gefangenschaft verleben müßten.

Chilenisches Hilfswerk für Deutschland.

In Valparaiso hat sich kürzlich, unter dem Vorsitz einer chilenischen Dame deutscher Abstammung Frau Theresa Anwandter, ein Ausschuß chilenischer Damen gebildet, die eine Sammlung zugunsten der notleidenden Kinder in Deutschland begonnen haben. Ein Zweigausschuß wurde in Santiago gebildet, auch an anderen Orten Chiles soll gesammelt werden. Es wird beabsichtigt, nützliche Gegenstände, vor allem warme Kleidung, herüberzusenden, ferner Lebensmittel, vor allem kondensierte Milch in neutralen Ländern anzukaufen und nach Deutschland zu schicken. Es gelang bereits in wenigen Wochen einen stattlichen Beitrag, der nach dem heutigen Kursstand etwa eine halbe Million Mark ausmacht, zusammenzubringen. Unter den Damen, die höhere Beiträge zahlten, befanden sich außer Chileninnen, die die weitaus größte Zahl ausmachten, auch Angehörige neutraler und sogar feindlicher Länder, z. B. einige englische Damen. Um den Charakter der Spende zu wahren, wurde ausdrücklich nicht unter Deutschen gesammelt, die übrigens ihre eigenen Sammlungen veranstalten. Die Sammlung soll noch längere Zeit fortgesetzt werden. Sie legt Zeugnis ab von dem tiefen Mitgefühl, das in weiten Kreisen Chiles für die notleidenden Kinder in Deutschland besteht und ist ein weiteres schönes Zeichen für das ungetrübte Verhältnis zwischen Deutschland und Chile, das auch die schwere Belastungsprobe des Weltkrieges siegreich überdauert hat.

Ein entlarvter Ententeschwindel.

Im Frühjahr dieses Jahres erschien in der Schweiz eine Schrift mit dem Titel „Die deutsch-bolschewistische Verschwörung", die an der Hand von Schriftstücken und Dokumenten den Nachweis erbringen wollte, daß Lenin, Trotzky und andere deutsche Agenten waren, und daß die bolschewistische Revolution von dem deutschen Generalstab vorbereitet, von der deutschen Reichsbank usw. finanziert worden sei. Auch Führer der deutschen sozialdemokratischen Partei sollten an den geschäftlichen Beziehungen der Bolschewisten zu der kaiserlichen Regierung beteiligt sein.

Diese Dokumente wurden seinerzeit schon von der „Deutschen Allgemeinen Zeitung" offiziös als gefälscht bezeichnet. Inzwischen ist nun eine genaue Nachprüfung des vorliegenden Materials auf Veranlassung des früheren Ministerpräsidenten Scheidemann erfolgt, deren Ergebnisse Dr. Ernst Bischof in der Schrift: „Die Entlarvung der deutsch-bolschewistischen Verschwörung" (Berlin, Vorwärts-Verlag) der Oeffentlichkeit unterbreitet.

Gegenüberstellung der richtigen Stempel und deren Wiedergabe auf den angeblichen Dokumenten, wie auch von Formularen in der tatsächlichen Gestalt und in der, die die erwähnte Broschüre ihnen gibt, sowie Erklärungen der darin beschuldigten Behörden, Banken und Einzelpersonen lassen die ganze Darstellung als einen bewußten Propagandaschwindel der Entente erkennen, der bei der näheren Betrachtung wie eine Seifenblase in ein Nichts zergeht.

Wieder ein Mord.

In der mit schwarzer französischer Kavallerie belegten Goldne-Roß-Kaserne in Mainz stieß ein Bauer beim Reinigen der Dunggrube auf die Leiche eines Mädchens. Den Zeitungen des besetzten Gebietes ist die Bekanntgabe dieser gräßlichen Entdeckung natürlich verboten. Auch in der Mainzer Gegend mehren sich die Fälle des Verschwindens junger Frauen und Mädchen und die Verhaftungen durch angebliche Patrouillen, die in Wirklichkeit nur auf Weiberfang ausgehen. Der oben mitgeteilte Fund zeigt das fürchterliche Schicksal, das die meisten jener Unglücklichen erwartet.

Politische Rundschau.

Deutschland.

Neue Erhöhung der Preise für Brot und Kartoffeln!

Im Reichsrat wurde Dienstag über den Entwurf einer Verordnung über Zahlung von Ablieferungsprämien für Brotgetreide, Gerste und Kartoffeln Bericht erstattet. Danach betrug die Ablieferung von Brotgetreide im vergangenen Jahre 2 030 000 Tonnen. Im abgelaufenen Jahre erst 1 100 000 Tonnen. Die Ursachen in den Rückgang sind in der verspäteten Ernte und der Ueberlastung der Verkehrsmittel zu sehen. Es gibt nur ein Mittel, die Zwangswirtschaft aufrechtzuerhalten, nämlich, eine angemessene Erhöhung der Preise. Die für die Ablieferungsprämien belaufen sich schätzungsweise auf 1 Milliarde Mark, die durch Erhöhung des Mehlpreises eingebracht werden sollen. Der Mehlpreis wird daher um 46 Mark 50 Pfennig für den Doppelzentner erhöht werden, so daß

der Preis für ein Brot von 2350 Gramm sich auf 2,45 Mark stellen

wird. Die Deckung der Kosten für die Ablieferungsprämien bei Kartoffeln soll ebenfalls der Verbraucher tragen, und zwar soll

der Preis für den Zentner Kartoffeln um 2,50 Mark erhöht

werden. Reicht diese Erhöhung nicht aus, so wird das Reich für die Fehlbeträge aufkommen. Der Reichsrat stimmte den Beschlüssen des Ausschusses zu.

Das Steuerzahlen und die Würde des Reichspräsidenten.

Dem Genossen Ebert sind in den Deutschnationalen und den Deutschen Volksparteilern merkwürdige Freunde zum Schutz seiner Würde erstanden. Die Vorlage der Reichseinkommensteuer schlägt bekanntlich vor, daß in Zukunft ein Zehntel des Einkommens von Gehalts- und Lohnempfängern durch die Unternehmer für die Steuerbehörde einbehalten und entsprechende Beträge auf Karten durch Steuermarken eingeklebt werden. Die Vertreter der Opposition im Zehnerausschuß wandten dagegen u. a. ein, daß man doch den hohen und höchsten Beamten eine solche Art der Steuerzahlung nicht zumuten könne, insbesondere widerspreche dies der Würde des Reichspräsidenten als Staatsoberhaupt, wenn ihm bei der Anweisung seines Gehaltes die Steuersumme einbehalten würde. Genosse Adolf Braun erwiderte den um die Würde des Reichspräsidenten besorgten Vertretern der Rechtsparteien prompt: uns Sozialdemokraten erscheine der Reichspräsident, der Steuermarken klebe, würdiger, als der König von ehedem, der das Zahlen von Steuern für unter seiner Würde gehalten habe. Es sei geeignet, auch den ärmsten Mann im Volke mit der künftigen neuen Form der Steuerzahlung leichter vertraut zu machen, wenn alle Gehalts- und Lohnempfänger, vom Reichspräsidenten bis zum Straßenkehrer, in genau derselben Weise behandelt würden. Der betreffende § 44 des Gesetzes wurde darauf mit dem Zusatze angenommen: „Uebernahme der Steuer durch die Arbeitgeber oder Verrechnung auf den Lohn ist unzulässig. Entgegenstehende Abmachungen sind nichtig."

Für die bedrohten Grenzlande.

Im Sitzungssaal des Reichstages hatten sich Dienstag abend zahlreiche Abgeordnete des deutschen und des preußischen Parlaments zusammengefunden, um eine Kundgebung für die Grenzspende in die deutschen Lande hinausgehen zu lassen. 300 000 stimmberechtigte Deutsche wohnen fern ihrer Heimat, wo sie ihre Stimme für das Bleiben bei Deutschland oder für die Loslösung abgeben sollen. Um solchen Deutschen, denen die Mittel fehlen, die Fahrt in die Heimat zu ermöglichen, soll eine Sammlung im ganzen Volke eingeleitet werden. Die „Unabhängigen", die doch auf dem Boden des Selbstbestimmungsrechts der Völker stehen, waren der Kundgebung ferngeblieben. Die sozialdemokratische Fraktion war besonders stark vertreten. Zum Schluß wurde unter stürmischem Beifall eine Entschließung einstimmig angenommen.

Neue Ausweisungen aus dem Saargebiet.

General Wirbal, der oberste Verwalter des Saargebietes, verfügte die Ausweisung einer weiteren Anzahl deutscher Beamten aus dem Saargebiet aus politischen Gründen. Der General ist offensichtlich bestrebt, die Französierung in noch ausgedehnterem Maße vorzunehmen als sein Vorgänger, der General Adinger.

Wie das französische Kriegsministerium der Presse mitteilt, ist die Ausweisung des Landrats von Saarbrücken, von Halsen, auf direkte Anordnung des Marschalls Foch mit Zustimmung Clemenceaus und der übrigen alliierten Regierungen erfolgt. Die Maßregelung sei eine Folge einer vor zehn Tagen in der Wohnung des Landrats vorgenommenen Haussuchung.

Die Ueberwachung der Geschlechtskrankheiten.

Der Ausschuß der Preußischen Landesversammlung für Bevölkerungspolitik nahm einen Antrag an, wonach durch Reichsgesetz eine Anzahl Meldungsstellen zur Ueberwachung der Geschlechtskrankheiten für das gesamte Reich gefordert werden. Die polizeiliche Reglementierung der gewerbsmäßigen Unzucht soll beseitigt und die bisherige Sittenpolizei unter völliger Loslösung von der Kriminalpolizei in eine ausschließlich Gesundheitszwecken dienendes Amt umgewandelt werden. Für alle Geschlechtskranken soll schließlich die Behandlungspflicht eingeführt werden. Ferner wurde ein Eventualantrag mit 13 gegen 10 Stimmen angenommen, der die Anzeigepflicht für alle Geschlechtskranken ohne Namensnennung an ein zum strengsten Stillschweigen verpflichtetes Gesundheitsamt fordert. Dieser Beschränkung gegenüber betonten die Sozialdemokraten, daß für 80 Prozent der Bevölkerung in der namentlichen Meldung aller Geschlechtskranken seitens der Krankenkassen an die Fürsorgestellen bereits eine Anzeigepflicht bestehe, mit der die Krankenkassenmitglieder durchaus einverstanden seien und gegen das sich der Rest der Bevölkerung nicht aus reinen Klasseninteressen sträuben solle.

Das Züchtigungsrecht der Lehrer.

Der preußischen Landesversammlung ist der Antrag König (Frankfurt) und Genossen zugegangen, wonach das Züchtigungsrecht der Lehrer und Lehrerinnen für alle Schulen nur in besonderen Ausnahmefällen zugelassen, sowie auf völlige Beseitigung des Züchtigungsrechts hingewirkt werden soll.

Versammlungsverbote.

Der Ortsverein der sozialdemokratischen Partei in Wiesbaden hatte zu einer Volksversammlung, in der über das Los der Kriegsgefangenen gesprochen werden sollte, die Genehmigung der französischen Militärverwaltung erhalten. Die Versammlung wurde jedoch in letzter Stunde untersagt. Ebenso erging es einer Versammlung, die von der deutschnationalen Volkspartei einberufen worden war, und in der über Ludendorff ein Vortrag gehalten werden sollte.

Ein Landesverräter.

Das in Metz erscheinende „Freie Journal" veröffentlichte dieser Tage folgende Anzeige:

Getreidehändler wünscht zwecks Absatz von Weizen, Roggen, Hafer nach Frankreich oder Lothringen mit geeigneten Firmen, welche über Auto-Transportmittel verfügen, in Verbindung zu treten. Angebote, eventuell persönlich an Schwickerath, Kyllburg 124, Eifel, Bezirk Trier.

Dieser Lump hat nicht einmal so viel Schamgefühl, sein schmutziges Geschäft im stillen zu betreiben. Es ist kaum nötig zu sagen, daß die Verschiebung deutschen Getreides ins Ausland nackter Landesverrat ist. Wo der Schwickerath wohnt, in Kyllburg, ist die Eifel am schwärzesten.

Kleine politische Nachrichten.

Der frühere Unterstaatssekretär des Reichswirtschafts- und Reichsernährungsamtes, Dr. August Müller (Hamburg), ist beauftragt worden, in besonderer wirtschaftlicher Mission nach Amerika zu gehen.

Bekanntlich hat die Nationalversammlung die Wahl des „Unabhängigen" Simon (Nürnberg) für ungültig erklärt. Nach der Feststellung des Wahlausschusses fällt der freiwerdende Sitz der Vorschlagsliste Braun zu. Infolgedessen geht das Mandat auf die Arbeitersekretärin Genossin Helene Grünberg (S. P. D.) über.

Nach zuverlässigen Berichten befinden sich in der Schweiz nahezu drei Milliarden deutsche Mark, ebenso Kronen, die zumeist in den Händen der kleinen Leute sich befinden.

Seinerzeit war der frühere Stadtkommandant von Berlin, Klawunde, seines Postens enthoben worden. Als Grund wurden finanzielle Unregelmäßigkeiten angegeben. Kl. hat daraufhin eine gerichtliche Untersuchung gegen sich selbst beantragt. Diese hat, wie jetzt berichtet wird, damit ihr Ende gefunden, daß Klawunde außer Verfolgung gesetzt worden ist.

Wie aus Aachen gemeldet wird, wurde der Regierungsrat im Polizeipräsidium, Herr v. Cossel, wegen mündlicher und schriftlicher Beleidigung französischer Offiziere zu 1000 Mk. Geldstrafe verurteilt.

Die britische Besatzungsarmee im Rheinlande wird im ersten Vierteljahre 1920 um 75 000 Mann verringert. Die Gesamtstärke der englischen Armee in der Besatzungszone wird aber niemals weniger als 325 000 Mann betragen.

Im geheimen Konsistorium, welchem zahlreiche Kardinäle beiwohnten, hielt der Papst eine lateinische Ansprache über die in der Kirche durch den Weltkrieg geschaffene Lage. Der Text soll geheim bleiben.

Italien plant die Entsendung eines Ausschusses von Parlamentariern aller Parteien nach Rußland zur Untersuchung der gegenwärtigen Lage des Landes.

Die Zeugen der Affäre Caillaux sind nunmehr für den 27. Januar vor den Staatsgerichtshof des Senats geladen.

Der amerikanische Bundesgerichtshof entschied, daß das Gesetz über das Alkoholverbot verfassungsmäßig ist.

Die „Times" berichtet aus Buenos Aires: Die argentinische Regierung beschloß, ihren Vorschlag, Oesterreich zu unterstützen, die Form einer Anleihe zu geben.

Belgien.

Der Streik im Becken von Charleroi.

Im Becken von Charleroi streiken jetzt 50 000 Grubenarbeiter. Nach einer Privatmeldung des „Journal des Debats" aus Brüssel ist die Lage sehr ernst. Der Streik stehe im Begriff, allgemein zu werden, die Heizer und Mechaniker hätten die Arbeit verlassen. Mehrere Gruben drohten zu ersaufen. Der Berichterstatter behauptet, die Bergarbeiter seien ohne Ankündigung in den Streik getreten. Die Grubenbesitzer beabsichtigen, Widerstand zu leisten, da erst im September Lohnerhöhungen bewilligt worden seien.

England.

Gewaltmaßnahmen gegen die Sinnfeiner.

Nach der „Daily Mail" hat die britische Regierung die Verbannung sämtlicher bekannter Sinnfeiner angeordnet. Eine große Anzahl von diesen wurde Freitag nacht in Dublin von englischen Soldaten plötzlich verhaftet und auf einem Kriegsschiff nach einem englischen Hafenplatz überführt, wo sie vorläufig interniert bleiben sollen. In der Nacht zum Montag drangen Polizei und Militär in die Räume von „Freemans Journal", des bedeutendsten nationalistischen Organs Irlands. Sie nahmen einige Rotationsmaschinen weg.

Vereinigte Staaten.

Amerika ratifiziert?

Aus Washington wird der „Frankf. Ztg." berichtet: Wie verlautet, soll die Ratifizierung des Friedensvertrages durch Amerika bevorstehen, da die Annahme der Vorbehalte durch England und Frankreich die hauptsächlichsten Hindernisse beseitigt hätte.

Der Stahlarbeiterausstand dauert fort.

Der „Telegraaf" meldet aus Washington vom 14. Dezember: Die Leitung des Stahlarbeiter-Verbandes beschloß, den Streik fortzusetzen und ist der Ansicht, daß der Sieg bevorstehe.

Aus dem Freistaat Lübeck.

Mittwoch, 17. Dezember.

Vor einer Kohlenkatastrophe? Die Kohlenlage hat sich im ganzen Deutschen Reiche erheblich verschlechtert, und wenn nicht bald Wandel erfolgt, stehen wir vor einer Katastrophe. Die Verhältnisse in Hamburg, Altona und Wandsbek, wo die gesamte Industrie von den Netzen der Elektrizitätswerke ausgeschaltet werden mußte, sind sehr ernst. In Kiel wird mit einer vollständigen Stillegung des gesamten Gas- und Elektrizitätsbetriebes gerechnet. Auch in Lübeck, wo im Gegensatze zu anderen Orten immer noch erträgliche Zustände gewaltet haben, sind einschneidende Beschränkungen nicht länger zu vermeiden. Vorerst wird Gas abgegeben in den Stunden von 6 bis 7½ Uhr früh, 11½ bis 1½ Uhr mittags und 3½ Uhr nachmittags bis 9 Uhr abends, also insgesamt täglich 9 Stunden; doch muß voraussichtlich sehr bald mit einer weiteren Verkürzung der Gasabgabezeit auf 8, 7 und weniger Stunden gerechnet werden. Die Tagespresse erhält behufs Bekanntgabe vor jeder Veränderung entsprechende Nachricht.

Arbeitersekretariat. Die Zahl der Besuche belief sich im Monat November auf 939 (1019), die der Besucher auf 955 (1050). — Die eingeklammerten Zahlen sind die des vorvergangenen Monats. — Davon kamen in derselben Sache wiederholt 41 Personen. Mithin sind im November 914 neue Fälle bearbeitet worden. Auskünfte wurden erteilt 1004 (1084), darunter nach auswärts schriftlich 123 (164). Von den Besuchern waren organisiert 699 (718) Personen, und zwar gewerkschaftlich 405, politisch 83, gewerkschaftlich und politisch 211. Unter den verbleibenden 256 Nichtorganisierten befinden sich 131 Angehörige von Organisierten und 20 Organisationsunfähige. Dem Geschlecht nach waren von den Besuchern 608 (572) männlich, 301 (442) weiblich. Den Hauptgruppen nach verteilen sich die Besucher wie folgt: Arbeitnehmer und deren Angehörige 860 (974); selbständige Gewerbetreibende, Beamte usw. und deren Angehörige 49 (40); Organisationen 46 (36). In Lübeck (Stadt) hatten von den Besuchern 784 (886) Personen ihren Wohnsitz, in Lübeck-Land 71 (56), Oldenburg 44 (30), Mecklenburg 23 (22), Preußen 14 (22), und sonstwo 3 (3). Die Auskünfte verteilen sich wie folgt: Arbeiterversicherung (Unfall-, Invaliden- und Krankenversicherung 126 (141), Privatangestelltenversicherung 7 (7), Arbeits- und Dienstvertrag 133 (180), bürgerliches Recht 298 (346), Strafrecht 89 (120), Gemeinde- und staatsbürgerliche Sachen 266 (212), Vereins- und Versammlungsrecht 21 (39), Arbeiterbewegung 29 (8), Privatversicherung 3 (1), Handels- und Gewerbesachen 12 (2), Verschiedenes 20 (—). Von den Auskünften machten 452 (429) die Anfertigung von 768 (613) Schriftsätzen erforderlich; außerdem gingen aus 12 (66) sonstige Briefe und Postkarten. Ein gingen 225 (265) Postsendungen. Der 27. November zeigte mit 60 (65) die höchste, der 8. November mit 26 (25) die niedrigste Besucherzahl.

Eine Sonderzuteilung von Mehl weist das Landesversorgungsamt an. Auf den Kopf der Brotkarte der 6. Brotwoche können 125 Gramm 80 prozentiges Mehl entnommen werden.

Milchfälscher vor Gericht.

Am Dienstag hatten sich drei Milchhändler wegen Milchfälschung vor dem Schöffengericht zu verantworten. Zunächst wurde gegen Warkentien verhandelt. Dieser hat wiederholt Pantschereien gemacht. Der Polizeibeamte, der innerhalb vier Tagen zweimal bei dem Angeklagten die Milch kontrollierte, hat beide Male Fälschungen festgestellt, die durch die chemische Untersuchung der Milch bestätigt wurden. Der jugendliche Angeklagte bestreitet diese Vergehen. Er meinte, wenn die Milch minderwertig gewesen sei, so könne er sich dieses nur daher erklären, daß vielleicht versehentlich eine Kanne Magermilch zu der Vollmilch gegossen sei. Auf wiederholte Fragen des Vorsitzenden gesteht er dann ein, die Fälschungen vorsätzlich begangen zu haben. Die dadurch erzielte Mehreinnahme hätte er für sich verbraucht. Seine Mutter, der das Geschäft gehört, habe von der Sache keine Kenntnis gehabt. Der Vertreter des Staatsanwalts beantragte drei Wochen Gefängnis und 300 Mk. Geldstrafe. Das Gericht versagte dem Angeklagten mildernde Umstände. Es ging weit über das beantragte Strafmaß hinaus und erkannte auf eine Gefängnisstrafe von drei Monaten und auf eine Geldstrafe von 5000 Mark. Im Unvermögensfalle tritt für je 15 Mark ein Tag Gefängnis.

Dann mußte sich Hoffmann auf die Anklagebank setzen. Dieser wird beschuldigt, die Vollmilch mit Magermilch verdünnt zu haben. Auch hier bekundete der Polizeibeamte, daß die Milchproben der letzten Zeit nicht so waren, wie sie sein sollten. Die Untersuchung der Milch am 2. November ergab nach Aussage des Sachverständigen einen Fehlbetrag an Fettgehalt von 25 Prozent. H. entschuldigte sich auch damit, daß aus Versehen vielleicht Magermilch zwischen die Vollmilch gekommen sei. Wenn schon früher Unregelmäßigkeiten vorgekommen seien, so könne er dafür nicht verantwortlich gemacht werden, da er erst vor kurzem das Geschäft von seinem Schwiegervater übernommen habe. Nur für den letzten Fall sei er verantwortlich. Das Gericht nahm vorsätzliche Fälschung an, berücksichtigte aber, daß der Angeklagte erst vor kurzem das Geschäft übernommen hat. Urteil: drei Wochen Gefängnis und 1000 Mark Geldstrafe.

Als letzter kam Rieck an die Reihe. Dieser war der vorsichtigste und der schlaueste. Er vermischte die Vollmilch mit Magermilch erst beim Verkauf. Das geschah in der Weise, daß er seine Litermaße vorher mit etwas Magermilch füllte und dann Vollmilch zulaufen ließ. Durch dieses Verfahren wurde die Vollmilch „gestreckt" und brachte einen schönen Batzen Geld ein. Einige Frauen, die diesen Schwindel schon seit Mai beobachtet hatten, meldeten die Sache beim Arbeiterrat. Die Genossen Knapp und Burmeister von der Fahndungskommission des Arbeiterrats überzeugten sich von dem Vorgehen und erstatteten Anzeige. Die Untersuchung der verkauften Milch bestätigte die Fälschung. Das Gericht hielt die Pantscherei schon seit Mai für erwiesen und erkannte auf drei Monate Gefängnis und 5000 Mark Geldstrafe.

Der Vertreter der Staatsanwaltschaft betonte besonders in seinen Anklagereden, daß derartige Vergehen um so schwerer bestraft werden müßten, da Milch in der heutigen Zeit nicht allein als Nahrungsmittel, sondern vielfach auch als Heilmittel betrachtet werden müßte. Nur Kinder, alte Leute und Kranke erhielten Milch zur Stärkung und Kräftigung. Wer durch Fälschung die Milch minderwertig mache, verübe schwere Vergehen.

Das Gericht verurteilte die Angeklagten nicht nur wegen Milchfälschung, sondern auch wegen Preistreiberei. Die Preistreiberei erblickte es darin, daß die Beschuldigten sich den Preis für Vollmilch zahlen ließen, aber minderwertige Milch lieferten. Die Vergehen seien solche der häßlichsten und schmutzigsten Art; im letzten Falle sei sogar in ganz raffinierter Weise vorgegangen worden. Die zahlreichen Milchfälschungen, die aus Gewinnsucht vorgenommen würden, bildeten einen Krebsschaden, der bekämpft werden müsse. Damit die Handlungen dieser Leute in der weitesten Oeffentlichkeit bekannt würden, beschloß das Gericht, die Urteile auf Kosten der Angeklagten in allen hiesigen Zeitungen in einer Sonntags-Nummer zu veröffentlichen.

Wir können diese Urteile nur begrüßen. Schon stets haben wir den Standpunkt vertreten, daß jenen Leuten, die aus der Not des Volkes wucherischen Gewinn ziehen wollen, das Handwerk gelegt werden muß.

*

Nachtrufverbindung im Fernsprechverkehr. Wenn Verbindungen mit einem bestimmten Fernsprechanschluß eines Teilnehmers, der mehrere Anschlüsse hat, gewünscht werden, so muß der Anrufende durch die Bezeichnung „Nachtruf" vor Nennung der gewünschten Anschlußnummer darauf aufmerksam machen, daß er nur mit dieser Nummer verbunden sein will. Die Nachtrufanschlüsse werden auf Antrag im Teilnehmerverzeichnis unter der Bezeichnung „Nachtruf" besonders aufgeführt. Derartige Anträge sind an die zuständige Fernsprech-Vermittelungsstelle zu richten.

Lübecker Volkshochschule. Am 13. Dezember hat der erste Unterrichtsabschnitt seinen Abschluß gefunden. Hochbefriedigt blicken alle Beteiligten auf das hinter ihnen liegende Vierteljahr zurück. Das bewies u. a. der Dank, der in der letzten Versammlung des Hörerausschusses dem Leiter der Volkshochschule, Herrn Dr. Möbusz, ausgesprochen wurde. Der innere Ausbau der Volkshochschule ist vollendet worden, indem die Hörerschaft sich organisiert und den Hörerausschuß gewählt hat. Letzterer ist fünfmal zu Beratungen zusammengetreten, die sich in erster Linie auf Ausarbeitung einer Geschäftsordnung, Durchsicht der Wahlordnung für Vertrauens- und Obleute und Wünsche der Hörer betr. Ausgestaltung der Arbeitsgemeinschaften, sowie auf Wahlen erstreckten. In den Vorstand wurden die Herren Gogowsky, Knüppel, Specht und Wicht sowie Frl. Bauer gewählt. Der Lehrerverband wurde dreimal zu Versammlungen einberufen, in denen Unterrichtsangelegenheiten besprochen wurden. Der Verwaltungsausschuß beschäftigte sich in zehn Sitzungen namentlich mit dem weiteren Ausbau der Volkshochschule, der Geldverwaltung, der Ausarbeitung von Satzungen u. a. Durch das Los schieden die Herren Baurat Dr. ing. Fischer und Mittelschullehrer Schermer aus. Sie wurden vom Lehrerverband einstimmig als Vertreter desselben wiedergewählt. Als Vertreter des Hörerausschusses traten neu die Herren Heinrich und Wicht ein. In den letzten Sitzungen hat der Verwaltungsausschuß den Unterrichtsplan für den neuen, am 5. Januar beginnenden Unterrichtsabschnitt aufgestellt. Er ist nunmehr im Druck erschienen und in den Buchhandlungen, Büchereien und im Lehrerseminar käuflich zu haben. Die Eintragungslisten liegen dieses Mal nur im Lehrerseminar abends von 4—8 Uhr aus.

Hilfe für Wien. Wie in anderen Städten Deutschlands wird auch in Lübeck eine Hilfsaktion für die in größter Notlage befindliche Bevölkerung Wiens eingeleitet. Ein Aufruf wird von dem sich bildenden Ausschuß demnächst veröffentlicht werden. Inzwischen werden Spenden bei dem österreichischen Konsulat, Beckergrube Nr. 16, gerne entgegengenommen. Auch wird um Einlieferung entbehrlicher Abschnitte der Brotkarten resp. Reisebrotmarken dringend gebeten. Das dafür freiwendende Mehl wird schnellstens nach Oesterreich gesandt.

Erleichterungen für die Einfuhr von Liebesgaben. Der Beschluß des Reichsrats über die Zollbefreiung ausländischer Liebesgaben wird nunmehr bekanntgegeben. Aus den vom Reichsfinanzminister erlassenen Ausführungsvorschriften erhellt, daß jetzt auch in Postpaketen im Gewicht bis zu 5 Kilogramm vom Ausland unmittelbar an bestimmte inländische Empfänger eingehende Liebesgaben abgabenfrei zu lassen sind. Die Vergünstigung bezieht sich auch auf Tabakerzeugnisse, jedoch darf das einzelne Paket nicht mehr als 2 Kilogramm davon enthalten. Wichtig ist ferner, daß die Zollbefreiung im übrigen nicht mehr auf Lebensmittel beschränkt ist. Wer falsche Angaben behufs abgabenfreier Ueberlassung von Liebesgaben macht, hat, abgesehen von der Strafverfolgung, den Ausschluß von jeder weiteren Abgabenbefreiung für Liebesgaben zu gewärtigen. Diese Ausschließung erstreckt sich auf alle Mitglieder des Haushalts.

Für Briefmarkensammler. Die Reichspostverwaltung eröffnet beim Briefpostamt Berlin C2 am 18. Dezember einen freihändigen Verkauf ungebrauchter Postwertzeichen der früheren deutschen Postanstalten in Marokko. Die Verkaufsbedingungen können bei jeder Postanstalt erfragt und vom Reichspostmuseum in Berlin W. 66 bezogen werden.

Zur Lagerschein-(Warrant-)Ordnung der Kaufmannschaft zu Lübeck ist ein dritter Nachtrag erschienen, nach welchem mit Wirkung vom 15. d. Mts. für Arbeitsleistungen im Warrantverkehr die jeweiligen Tarifsätze der Betriebs- und Gebührenordnung für den Kaiverkehr erhoben werden. Abdrücke dieses Nachtrages sind bei der Kasse der Kaufmannschaft, Breite Straße 6, erhältlich. —

Durchgegangenes Fuhrwerk. Am Montag nachmittag gingen die Pferde des Landmannes Heuer aus Zarpen mit dem bespannten Wagen, der in der Zweiten Wallstraße ohne Aufsicht stand, durch. In der Nähe der Meierschen Sägemühle überrannten die Tiere einen bespannten leeren Wagen und liefen darnach noch in ein auf der Straße haltendes Fuhrwerk des hiesigen Fuhrunternehmers Heinr. Wigger hinein. Leider wurde hierbei das eine Pferd des Unternehmers derart schwer verletzt, daß das wertvolle Tier geschlachtet werden mußte. Da der Landmann nicht gegen Haftpflicht versichert ist, dürfte ihm persönlich ein ganz beträchtlicher Schaden treffen. Dieser Fall sollte für Landleute eine Warnung sein, ihre Fuhrwerke in der Stadt nicht ohne Aufsicht hinzustellen. Es können sonst leicht Menschenleben in Gefahr kommen.

Arbeiterbildungsverein. Am Donnerstag, dem 18. Dezember wird Herr Mittelschullehrer J. Klöcking einen Vortrag halten über das Thema: „Als unsere Heimat wie Grönland aussah." Der Vortragende wird uns in die Eiszeit einführen, die Ursachen nach dem Stande der Wissenschaft klarlegen und zeigen, in welcher Weise die nordischen Gletscher die Bodengestaltung unserer Heimat beeinflußt haben. Unsere Heimat ist ein Produkt der Gletscher und Schmelzwässer und wird wohl dem heutigen Grönland ähnlich gewesen sein. Der Vorstand hofft, daß das interessante Thema nicht nur viele Mitglieder unseres Vereins, sondern auch zahlreiche Gäste heranziehen wird. — Ferner werden zur Sprache kommen unsere Theatervorstellungen und die Tagesordnungen der nächsten Versammlungen.

Die Liedertafel des Gewerkvereins (ältester Männergesangverein Lübecks) veranstaltet am Donnestag, dem 18. Dezember, abends 7½ Uhr im Gewerkschaftshause ein Volkskonzert unter Mitwirkung von Frl. Elli Schober-Lübeck (Sopran). Ein fein zusammengestelltes Programm verspricht einen genußreichen Abend.

An die großen und kleinen Kinder Lübecks! Hört und schaut! Donnerstag, den 18 Dezember, abends 6 Uhr, hebt sich unter den Klängen schöner Musik der Vorhang vor dem lieben Weihnachtsgeschenk, das euch das Stadttheater dieses Jahr bringt. Da müßt Ihr kommen und das hübsche Kinderzimmer schauen, in dem der kleine stramme Republikaner Peter mit dem süßen modernen Annelieschen haust, müßt Euch mit ihnen über den großen Maikäfer und seine Erzählung staunen und mit allen dreien zur Wolkenwiese des Himmels und dem Sandmännchen fliegen und bewundern, wie das den Sternhimmel in Ordnung hält und wie dieses die Kinder im Nachtfalterschlitten zum dunklen Palast der Nachtfee führt, wo allerlei sonderbare Gesellen zum nächtlichen Kaffeeklatsch geladen sind. Von da aber führt der große „Bär" alle zur Weihnachtswiese. Und was uns da geschieht — nun da müßt ihr morgen wieder in die Zeitung gucken.

Stadttheater. Als nächste dritte Vorstellung im Opernzyklus wird am Freitag „Die Entführung aus dem Serail" gegeben. Am Sonntag vormittag 11 Uhr hält Herr Kapellmeister Mannstaedt einen Vortrag über Wagners „Meistersinger".

Hansa-Theater. Am Donnerstag findet die Erstaufführung der japanischen Operette „Die Geisha" (die Geschichte eines Teehauses) von Sidney Jones statt. Für die Titelrolle ist Frl. Lisa Thüring vom Mellini-Theater in Hannover als Gast gewonnen worden, welche die Mimosa auch in den folgenden Aufführungen singen wird. — Gastspielpreise. Vorzugskarten an allen Wochentagen gültig.

Eine dunkle Existenz. Am 10. ds. Mts. wurde hier ein Matrose, angeblich aus Dresden, in Schutzhaft genommen, der behauptete, aus Köln gekommen zu sein, und daß ihm auf der Bahnfahrt von Hamburg nach hier seine sämtlichen Legitimationspapiere und Barmittel gestohlen worden seien. Da die Angaben des Matrosen unglaubwürdig erschienen und angenommen werden mußte, daß er sich eines ihm nicht zukommenden Namens bediente, in der Absicht, hier Unterstützungen zu erschwindeln, wurde er photographiert; auch wurden Fingerabdrücke von ihm gemacht. Auf Grund des auf diese Weise gewonnenen Fingerabdruckbogens konnte festgestellt werden, daß der Festgenommene ein Bergarbeiter aus Loeben (Kreis Obersteiermark) ist, der wahrscheinlich allen Grund haben wird, seine richtigen Personalien zu verschweigen.

In Schutzhaft genommen. Auf dem hiesigen Bahnhof wurde am 15. d. Mts. ein junges Mädchen angehalten, das sich dort umherzutreiben schien. Das Mädchen nannte sich Schulz und legte ein durchaus freches Wesen an den Tag, denn es rauchte sogar noch eine Zigarette als es in die Polizeiwachtstube geführt wurde. Erst nach längerer Verhandlung wurde festgestellt, daß es sich um ein aus Neukirchen bei Osterburg stammendes Dienstmädchen handelt, welches wahrscheinlich noch unter Aufsicht irgendeiner Zwangserziehung steht. Das Mädchen wurde in Schutzhaft genommen.

Eigentumsvergehen. In den letzten Tagen sind aus einem Hause am Moltkeplatz sechs große leinene Bettlaken, gez. R. K., und drei große Damastbezüge gestohlen worden. — In der Nacht zum 16. d. Mts. sind aus einem Schaukasten in der Holstenstraße drei Paar Herrenstiefel, Größe 42 und 43, und ein Paar Kinderstiefel, Größe 32, gestohlen worden. — In letzter Nacht sind aus einem Konfitürengeschäft in der Mühlenstraße 248 Tafeln Schokolade gestohlen worden. Die Täter hatten die in der Ladentür befindliche Scheibe eingedrückt und sich auf diese Weise Eingang in den Laden verschafft.

Angrenzende Gebiete.

Hamburg. Große Erwerbslosendemonstrationen fanden am Mittwoch in Hamburg und Altona statt. Vorher waren Massen-Versammlungen der erwerbslosen Männer und Frauen aller Berufe und Kategorien einberufen, um zu dem Erwerbslosenfürsorgegesetz Stellung zu nehmen. Die Versammlungen waren vom Reichserwerbslosenrat einberufen. Die Erwerbslosen fordern:

„Erhöhung der Erwerbslosenunterstützung auf die vor dem August 1919 geltenden Sätze; Gleichstellung von Männern und Frauen bei Zahlung der Unterstützung; Bezahlung auch der Sonn- und Festtage; bei Krankheitsfällen Zahlung des Unterschiedes zwischen Krankengeld und Erwerbslosenunterstützung; Streichung des Passus, nach dem die Unterstützung nur an solche Personen gezahlt wird, die „infolge des Krieges" erwerbslos geworden sind; Nichtanrechnung der Kriegsbeschädigtenrente auf die Erwerbslosenunterstützung. Ferner wird die Schaffung eines Reichsarbeitsbeschaffungsamtes mit diktatorischer Gewalt gefordert, zu dem auch Vertreter der Erwerbslosen hinzugezogen werden sollen. Außerdem wird die Abschaffung der gewerbsmäßigen Stellenvermittlung und der Stellenanzeigen in den Zeitungen verlangt, ferner Erlaß der Steuern, Zahlung einer Beschaffungssumme von 400 Mark für Verheiratete und 200 Mark für Ledige und Verbilligung der Lebensmittelpreise um 50 Prozent für die Erwerbslosen."

In Hamburg werden wöchentlich etwa 2¼ Millionen Mk. für Erwerbslosen-Unterstützung gezahlt, insgesamt waren bis zum 6. Dezember 127 602 618,55 Mark dafür aufgewendet worden. Die Beschaffungsbeihilfe würde 14 Millionen Mark erfordern, die 50-prozentige Verbilligung der Lebensmittel würde ebenfalls eine Belastung bedeuten, die noch gar nicht übersehen werden kann.

Kiel. Schwere Kohlennot. Die Versorgung der Stadt mit Kohlen ist sehr schlecht, sodaß seit Sonnabend, dem 13. Dezember, vom Gaswerk nur noch täglich drei Stunden Gas abgegeben werden kann. Man rechnet täglich mit der Stillegung des Gas- und Elektrizitätsbetriebes, wodurch 30 000 Arbeiter brotlos werden würden. Die für Kiel bestimmten Kähne mit Kohlen sind unterwegs verunglückt und festgefahren. Sie mußten umgeladen werden und dadurch wird sich der Transport dieser Kohlen um mindestens noch zwei Wochen verzögern. Die Lage erscheint ziemlich trostlos.

Harburg. Vereitelte Plünderungen. Am Montag abend ist in der Seehafenstraße von 200—300 Personen versucht worden, den Unterelbe-Bahnhof zu stürmen und die Eisenbahner zu überwältigen. Es wurde auf die Angreifer scharf geschossen, worauf sich diese zurückzogen und entfernten, ohne daß etwas gestohlen wurde.

Wilhelmshaven. Großes Explosionsunglück. Dienstag mittag 2 Uhr ereignete sich beim Entladen von Granaten im Munitionsdepot Mariensiel eine starke Explosion, bei der zahlreiche Personen verwundet wurden. Die Zahl der Getöteten steht noch nicht fest. Durch die Gewalt der Explosion wurden viele Dächer abgedeckt und auf drei Kilometer Entfernung sämtliche Fensterscheiben zertrümmert. Der Materialschaden ist groß.

Neueste Nachrichten.

Die erste bolschewistische Bande in Ostpreußen.

TU. Tilsit, 17. Dezember. **Bei Lasdehnen überschritt eine lettische Bande von 50 Mann die Grenze. Die Einwohnerwehr schlug jedoch die Bande zurück. Verluste der Letten: fünf Tote.**

Der parlamentarische Untersuchungsausschuß.

TU. Berlin, 17. Dezember. **In der gestrigen Sitzung des Untersuchungsausschusses beschloß der zweite Unterausschuß, die mündlichen Vernehmungen in der dritten Woche des Monats Januar wieder aufzunehmen. Nach Klärung von Unstimmigkeiten, die sich aus den bisher erfolgten Aufgaben ergaben, wird die Wilson-Aktion zu Ende geführt werden. Im Anschluß daran sollen die Friedensmöglichkeiten im Jahre 1917 zur Behandlung kommen.**

Groß-Thüringen.

TU. Weimar, 17. Dezember. **Der erste Volksrat für Thüringen wurde gestern im Fürstenhause zu Weimar durch den Weimarer Staatsminister und Vorsitzenden des thüringischen Staates, Dr. Paulsen, mit einer längeren Ansprache eröffnet. Die Wahl des Präsidiums zeigte folgendes Ergebnis. Erster Präsident Leber (Jena), Mehrheitssozialist, erster Vizepräsident Lesen (Gera), „Unabhängiger", zweiter Vizepräsident Mehnert (Altenburg), Demokrat, dritter Vizepräsident Krämer (Gera), Deutsche Volkspartei, so daß alle Parteien im Präsidium vertreten sind.**

Dänisches Verlangen nach deutschen Schiffen.

TU. Kopenhagen, 17. Dezember. **Die dänische Dampfschiffsreederei-Vereinigung hat an das dänische Handelsministerium das Ersuchen gerichtet, bei der Entente darauf hinzuarbeiten, daß derjenige Teil der deutschen Handelsflotte, der zu den später abzutretenden nordschleswigschen Häfen gehört, der dänischen Flotte einverleibt werde.**

Die Hilfsaktion der Entente für Oesterreich.

TU. Bern, 17. Dezember. **Aus Paris wird gemeldet: Der Oberste Rat beschloß, Oesterreich 30 000 Tonnen Getreide, die in Triest lagern, zukommen zu lassen. Renner bat die Alliierten um Aufstellung eines allgemeinen Lebensmittelprogramms auf 10 bis 12 Monate, um auf diese Weise dem österreichischen Volke die Wiederaufnahme der Arbeit zu ermöglichen. Renner sagte ferner, die österreichische Republik sei dazu bereit, die alten Beziehungen mit ihren Nachbarn, den Südslaven und den Tschecho-Slowaken wieder aufzunehmen.**

Verantwortlicher Redakteur: Otto Friedrich.
Verleger: Th. Schwartz. Druck: Friedr. Meyer & Co.
Sämtlich in Lübeck.

Bleibender Wert

infolge

Unbegrenzter Gewähr

für jede unserer

Familien-Maschinen

Singer Co. Nähmaschinen A. G.

Lübeck, Breite Straße 37. (11691

Bei Schwerhörigkeit, Ohrensausen

nerv. Ohrschmerzen ꝛc. leistet unsere ges. gesch. Gehörpatrone **„Bonophon“** hervorragende Dienste. Aerztl. begutachtet. Zahlr. Dankschreiben; z. B. Fr. Th. B. in E. schreibt wörtlich: „Von meiner 20jährig. Schwerhörigkeit wurde ich vollständig durch Ihre bestbewährte Methode nach 4wöchentlicher Kur geheilt.“ Auskunft kostenlos durch

Wiltberger & Co., Stuttgart B. 704.

Warnung vor Nachahmung! (11693

Bekanntmachung.

Für das westlich von Vorwerk belegene Gelände der Heimstätten-Gesellschaft m. b. H. soll ein Bebauungsplan festgelegt werden. Der hierdurch aufgestellte Entwurf liegt in der Zeit vom 10. bis 23. Dezember 1919 einschließlich werktäglich von 11 bis 1 Uhr im Bauamt, Abt. Tiefbau, Kl. Bauhof Nr. 15, zur Einsicht aus. Vervielfältigungen können für Mk. 3,— das Stück von dort bezogen werden.

Beteiligte, die gegen den Entwurf Einwendungen erheben wollen, haben diese unter näherer Begründung schriftlich bis zum 31. Dezember 1919 im Bauamt einzureichen. (11685

Lübeck, den 8. Dez. 1919.

Die Baubehörde.

Oberrealschule zum Dom.

Anmeldungen vom 1.—20. Dezember von 11—12 Uhr vormittags, Dienstags und Freitags auch von 5—6 nachmittags. Musterbahn 4.

Dir. Dr. Schwarz.

Katharineum.

Anmeldungen für Ostern nimmt täglich von 12—1 Uhr entgegen (11688

Dr. Rosenthal,
Direktor.

Konsumverein

für Lübeck und Umgegend
e. G. m. b. H.

Bezirks-Versammlung

für die Mitglieder der **Warenabgabestelle 3**

„Marli“

am Freitag, den 19. Dezember, abends 7½ Uhr,

im Restaur. Johs. Grohl, Remnitzstraße 16.

Tagesordnung:

1. Stellungnahme zur Vertreterzügung.
2. Bericht des Genossenschaftsrates und Aufsichtsrates sowie Geschäftsführung.
3. Genossenschaftliches.

Wegen der Wichtigkeit bitten wir um recht zahlreichen Besuch.

11731) **Der Vorstand.**

Pelzgarnituren

werden **schnell** und nach **neuesten** Formen billigst umgearbeitet. (11679

D. Wagner, Holstenstr. 8.

Vem [Z

Rein überseeischer vorzügl. Rauchtabak, Mittelschnitt, für ¼ Paket Mk. 2.75.

Zigarren in gr. Auswahl. Probebestellung führt zu dauernden Beziehungen.

Versandhaus **Meisels, Darmstadt,** Postfach. (11735

Konzerthaus Lübeck.

Morgen Donnerstag:

Großer Ballabend

Musik: Künstlerkapelle Sulanke.

Anfang 6½ Uhr. (11722) Ende 12 Uhr.

Adlershorst.

Jeden Donnerstag: **Tanz** 11680

Deutsch. Metallarbeiterverband

Verwaltungsstelle Lübeck.

Mitglieder-Versammlung

am Freitag, dem 19. Dezember, abends 6¼ Uhr

im Gewerkschaftshaus.

Tagesordnung:

1. Neuwahl der Ortsverwaltung, der Kartelldelegierten und des Schriftführers.
2. Kartellbericht.
3. Stellungnahme zur Bezirkskonferenz und Wahl der Delegierten.
4. Bewilligung von Geldern aus der Lokalkasse.
5. Sonstige Verbandsangelegenheiten.

Mitgliedsbücher müssen vorgezeigt werden.

11730) **Die Ortsverwaltung.**

Hochfeinen Tafel-Aquavit

in ¾-Liter-Flaschen, per Flasche 30 Mk., hat prompt abzugeben solange der Vorrat reicht

W. Rahfoth, Weingroßhandlung

Lübeck. (11749) **Fernruf 687.**

Verkaufsräume: Untertrave 113.

In meinem neuen Geschäftshause

Kohlmarkt 5 (neben der Commerzbank)

finden Sie eine große, übersichtliche Ausstellung

praktischer Weihnachtsgeschenke

als:

Aluminium- und Emaille-Kochgeschirre

Waschmaschinen	Wäschemangeln
Wringmaschinen	Messerputzmaschinen
Fleischhackmaschinen	Reibemaschinen
Brotschneider	Gaskocher
Küchenwagen	Geldkassetten (11694

Bürstenwaren

Feine Solinger Stahlwaren

Elektr. Taschenlampen, Taschenfeuerzeuge

J. F. B. Grube

Abt. Eisenwaren Kohlmarkt 2. **Abt. Küchengeräte Kohlmarkt 5.**

Spende für verschämte Arme

hat bisher den Betrag von (11747

31 219,70 Mk.

erbracht. Allen Gebern dankt von ganzem Herzen

der Ausschuß für die Spende für verschämte Arme.

Die sämtlichen ev. Geistlichen Lübecks, die Zentrale für private Fürsorge, Frau Hierkamp, der Frauenverein von 1813, Frau A. M. Tesdorpf, der weibl. Armenverein, Frau Halle, der Frauenverein zu St. Jürgen, Frl. Reimpell, der Frauenverein zu St. Gertrud, Frl. Elfeld, der Frauenverein zu St. Lorenz, Frau Bektens.

Pelz-Haus

Fr. Zimmermann

Beckergrube 50, I

bietet an als besonders vorteilhaft

große Posten

Alaskafuchs
Blaufuchs
Zobelfuchs
v. 200 Mk. an.

Skunks Canin
Blaufuch. Canin
Zobel Canin

Eleg. Kragen und Muffen
modernste Formen
Mk. 45, 60, 75, 90, 125, 160.

Leichte Pelzhüte
Mk. 45. 90. 150.

Pelzfelle, Kindergarnituren in allen Preislagen.

Umarbeitungen
jetzt noch schnell und billig.

Glasscheiben

aller Art offeriert

O. Tauchnitz,
Glashandl., (11682
Fleischhauerstr. 35, F. 2816.

Beste Bezugsquelle für

Blockwagen

in allen Größen, bis 8 Zentner Tragkraft, auch zerlegbar. (11689

C. Bliesath Ww.,
Inh. **Carl Landwehr**
Sandstraße 9.

Schuhreparaturen

Ia. Lederbesohlung, Vorhäuter, Maßarbeit

sofort, gut und preiswert

Schwartauer Allee 4.
Große Burgstraße 35.
Fünfhausen 1.
Aegidienstraße 8. (11685

Stadthallen-Lichtspiele

Lübeck. **Mühlenbrücke 13.**

!! Nur noch 2 Tage !!
vom 16. bis 18. Dezember 1919.

Moderne Sklaven

Drama in 5 Akten.

Arme Maria

Drama in 5 Akten. (11727

Der Raub der Sabinerinnen

Schwank in 4 Akten.

Keine erhöhten Preise.

Nachmittagsvorstellung 4—7. Abendvorstellung 7—10 Uhr.

Fledermaus

Direktion: H. Todt.

Fünfhausen 17/19.

Neu! Kabarett-Diele. Neu!

2 Orchester.
Grosses Dezember-Eröffnungs-Programm
Täglich abends 8 Uhr.

Werner Alberti, Kammersänger.
Fränzi Sylva, Opernsängerin.
Hans Lützow, Ballettmeister u. Solotänzer v. d. Staatsoper Berlin.
Gebr. Pentsch, Exentric-Tänzer.
Werner Alberti, Fränzi Sylva, Opern-Duette.
Kaethe Schwebe, Solo-Spitzentänzerin.
Geschwister Graff, Akrobat. Tänzerinnen.
Rolf Hegewald, Chansonier u. Ansager. 11729

Ball-Orchester: Dirigenten **Hans Elvers, Walt. Schwenk**

Täglich nachmittags 4-Uhr-Tee:
Auftreten sämtlicher Künstler.

Echte Biere. Beste Weine. Kaltes Buffet.

Liedertafel des Gewerkvereins Lübeck

Volks-Konzert

Donnerstag, den 18. Dezember 1919,
abends 7½ Uhr
im Gewerkschaftshaus, Johannisstr. 50-52.

Chormeister: Seminar-Musiklehrer und Organist **Carl Eberding.** 11686

Solistin: Frl. **Elli Schober** (Sopran).

Eintrittskarten à Person 1 ℳ im Vorverkauf bei **Ernst Robert,** Breitestr., im Gewerkschaftshaus, Johannisstr., den Vorstandsmitglied. u. abends a. d. Kasse.

Chorverein Lübeck

Mitgliedschaft des deutschen Arb.-Sängerbundes.

Weihnachtsfeier mit nachfolgendem **Ball**

am Sonntag, dem 21. Dezember 1919
im Gewerkschaftshaus, Johannisstraße 50—52.

Anfang 5 Uhr. Feier für Kinder von 5—7 Uhr.

Mitgliedskarten müssen vorgezeigt werden.

Eintritt für Fremde: Herren 2,— Mk., Damen 1,— Mk.

Die Frauen und Kinder unserer im Kriege gefallenen Mitglieder sind freundlichst eingeladen

11739) **Der Vorstand.**

Gesellschaftshaus

Weisser Engel

Ratzeburg. Allee 29, Endstation d. Linie 1
Jeden Sonntag und Donnerstag:
Gr. Ballmusik.
Anf. Sonntags 4½, Donnerstags 6½ Uhr. 11811

Ad. Hübner, Uhrmach. u. Goldarbeit., **Fünfhausen 13.**
Eig. Reparaturwerkstatt. 11686

Sozialdemokratischer Verein

Ortsgruppe Schlutup.

Versammlung

Donnerstag, d. 18 d. M.
abends 7½ Uhr,
im Lokale von A. Saborowski in Schlutup.

Der wichtigen Tagesordnung halber ist das Erscheinen aller Genossen dringend notwendig.

11736) **Der Vorstand.**
J. A.: **Carl Sab.**

Arbeiter-Bildungsverein

Versammlung

Donnerstag, 18. Dezbr.
abends 7½ Uhr,
im Gewerkschaftshaus.

Vortrag

des Herrn Mittelschullehrer **J. Klöcking:** „Als unser Heimat wie Grönland aussah“.

Gäste willkommen.

11698) **Der Vorstand.**

Gesellschaftshaus Pockenhof.

Morgen Donnerstag: (1168

Gr. Tanzkränzchen.

Anf. 6 Uhr. F. Westtehling

Konzerthaus Lübeck.

Kein Kino! Kein Kino!
Gastspiel der Neuen deutsch. Bühne.

Montag, 15., Dienstag, 16., Mittwoch, 17. Dez., **abends 7 Uhr!**
Nur 3 Tage!
Von der Zensur verboten gewesen!

Der Mädchenhändler.

Vorverkauf: Zigarrengeschäft **Hinrich Buse,** Breite Straße 55. (11728

Hansa-Theater

Mittwoch, 7 Uhr:

Die Faschingsfee.

Operette von Kalman.

Donnerstag, zum 1. Male

Gastsp. Lisa Thüring
vom Mellinitheater, Hannover.

Die Geisha. 1172

Freitag: **Sonnabend:** **Die Geisha**

Stadttheater Lübeck

(1175

Mittwoch, d. 17. Dezbr.,
13. Vorst. im Mittwoch-A
Anfang 6 Uhr:

Hänsel u. Gretel

Märchenoper in 3 Akten von Humperdinck.

Hierauf: **Ballett:**

Vom Spiel zum Tanz

Donnerstag, den 18. Dezbr.
Anfang 6 Uhr:

Peterchens Mondfahrt

Weihnachtsmärchen von Gerdt von Bassewitz.

Freitag, den 19. Dezbr.
13. Vorst. im Freitag-Abo
3. Vorstellung im Opernzyklus.

Die Entführung aus dem Serail

Sonnabend, d. 20. Dezbr.

Der Vogelhändler

Beilage zu Nr. 294.
26. Jahrgang.

Lübecker Volksbote

Mittwoch, den 17. Dezember 1919

Am Anfang schuf Gott Himmel und Erde . . .

Der Philosoph Immanuel Kant schaute hinauf in den nächtlichen Sternenhimmel. Lange, wie geistesabwesend. Auf den Straßen russische Marschkolonnen. Der Siebenjährige Krieg hatte begonnen. Die Russen besetzten Königsberg, die Wirkungsstätte Kants.

Den Philosophen stört nicht das kriegerische Bild. Sein Geist will nicht wie sein König Friedrich II. mit Blut die Welt erobern. Ihn quält die wissenschaftliche Frage: Wie ist die Welt entstanden?

Kant geht gedankenvoll an seinen Schreibtisch. Er greift zur Bibel, ein Geschenk seiner frommen Mutter, aus den Zeiten seines unbefangenen Kinderglaubens. Bedächtig liest er die Worte: „Am Anfang schuf Gott Himmel und Erde . . .“ Er fährt mit der zarten Hand über seine breite Denkerstirn: „Göttliche Sage, wie hast Du mich in meiner Knabenzeit mit heiligem Schauer erfüllt. Aber jetzt muß ich heraus aus diesem religiösem Jugendtraum. Ich will wissenschaftliche Wahrheit, nicht religiöse Dichtung.“

Im hohen Bücherregal reihen sich die Schriften der griechischen Weltweisen. — Was sagen diese von dem Ursprung der Welt? Er greift nach den Büchern. Er sucht und sucht. Er liest und liest. Dann hält er inne: „Am Anfang war der Urnebel. Kreisende Wirbelbewegungen wogten und wallten. Der Zufall brachte Ordnung in dies Chaos und bildete die Welt.“ — Der Zufall? Was ist Zufall? Ist es ein Gott? Ist es eine Weltkraft, die wie der Geist Gottes über den Wassern schwebte? . . . Sinnend und grübelnd sinkt der Philosoph in sich zusammen. Seine Vernunftkräfte steigen und steigen von neuem und umspinnen Welten und Sonnen wie ein riesengroßes Gedankennetz. — Was ist Gott? Was ist Zufall? Schall und Rauch. Ich will die Welt errechnen.

Wieder schweifen seine Blicke über die langen Bücherreihen. Halt! Dort stehen die Werke des Mathematikers und Philosophen Karthesius. Dieser war kein wissenschaftlicher Dichter. Kant neigt sich über die Schrift des Philosophen: „Druck und Stoß bewirkten die erste Bewegung. Urstoff, d. i. Materie, und die Kraft erzeugten die Weltengestirne.“ . . . Materie und Kraft? Kant überkommt eine geheimnisvolle Forscherkraft wie Heiligenglanz. Er erinnert sich der Entdeckungen der Astronomen Kopernikus und Newton. Diese sollen seine Wegweiser sein ins unbekannte Land vom Ursprung der Welt. Was die Schöpfungssagen Gott und die Götter und den Zufall nennen, — es muß eine mathematische Formel dafür geschaffen werden. Was Gott ist, das ist nicht Wissenschaft. Gott ist Glauben, Wissen ist nur Masse und Zahl. —

Kant greift zu seinem Trinkgefäß aus hellem Glas. Er füllt es mit Wasser. Er schüttet einen Tropfen Oel hinein. Dieser schwimmt in halber Höhe wie eine dickflüssige Kugel. Dann greift Kant zu einem Stahlstäbchen, dünn wie eine Stricknadel. Damit durchsticht er senkrecht das ölige erbsengroße Kügelchen. Er beugt sich über das Glas, mit den Handflächen rollt er das obere Ende des Stabes einen Quirl. Der Oeltropfen bewegt sich, rotiert. Er plattet sich. Kleine Kügelchen lösen sich und umtänzen kreisend das Stahlstäbchen wie Sterne die Sonne in Wirbelbewegung.

Das Auge des Philosophen leuchtet. „Gebet mir Materie. Jetzt kann ich der Menschheit zeigen, wie eine Welt entsteht.“

„In Tausenden von Jahren verdichtete sich der Urnebel zu einem kreisenden Riesenball. Die Hitze, erzeugt durch die Reibung der wallenden Massen, erzeugte das Feuer. So entstand die Sonne, welche die Welt um sich her erwärmt und erleuchtet. Die Sonne gebar neue flammende Kugeln: die Planeten. Sie bringen die kreisende Bewegung schon mit auf die Welt.“

Kant hielt inne. Er hatte eine Erklärungsart des Rätsels vom Ursprung der Welt gefunden. Jetzt wuchs sein Gedankengebäude immer höher und höher. Er schenkte der Nachwelt seine „Naturgeschichte des Himmels“: „Unser Planetensystem ist eine Welt, worin die Größe der Erde wie ein Sandkorn verschwindet. Die Milchstraße ist eine Welt von Welten. Die Nebelsterne zeigen, daß es solcher Welten viele gibt. — —

Aber was ist Gott? Was darf ich hoffen? — Auch auf diese Fragen hat der Philosoph von Königsberg eine Antwort gegeben: „Weit über die äußersten Grenzen des Vernunftreiches hinaus herrscht eine moralische Weltordnung. Sie liegt nicht in unserer Hand. Sie kann kein philosophischer Geist errechnen . . . .

W. Appens.

Soziales.

Eine Uebertreibung des Achtstundentages. Angeblich plant das Reichsarbeitsministerium den Achtstundentag auch für das Krankenpflegepersonal streng durchzuführen. Damit beschäftigte sich in diesen Tagen der Verband der an Privatkliniken tätigen Aerzte Groß-Berlins. Sie betonten übereinstimmend, daß eine solche mechanische Uebertragung der Verhältnisse in gewerblichen Betrieben auf die Krankenpflege zum größten Schaden für die Kranken ausschlagen würde. Ein Schichtwechsel der Schwestern würde die Heilung der Kranken aufs schwerste gefährden, ein Schichtwechsel der Oberin und der Operationsschwestern sei einfach nicht auszudenken. Die dadurch nötig werdende Verdoppelung des Personals würde die Privatanstalten, die überwiegend mit Kassen- und Armenkranken belegt seien, und in hohem Maße als gemeinnützige Unternehmungen gelten müßten, so schwer belasten, daß sie schließen müßten. Die Versammlung nahm einstimmig folgende Entschließung an:

„Wenn der Herr Minister für Volkswohlfahrt die Verantwortung für diesen Gesetzentwurf glaubt übernehmen zu können, so erklären wir als sachkundige Beurteiler der Bedürfnisse der Kranken, daß wir im Namen der Volkswohlfahrt gegen die Grundlagen des Gesetzes lebhaften Widerspruch erheben.“

Dazu wird uns von einem parteigenössischen Arzt geschrieben: daß diese Auffassung von der gesamte Ärzteschaft geteilt wird und bisher auch von den Vertretern der Medizinalbehörden stets betont wurde. Der Arzt, wie jeder mit der Pflege kranker Mitmenschen Betraute, arbeitet nicht an einem toten Material, das man nach Schichtwechsel einem beliebigen anderen Arbeiter zur weiteren Behandlung überlassen könnte. Der Kranke hat vielmehr eben infolge seiner Erkrankung das unwiderstehliche Bedürfnis, sich seelisch an seinen Arzt und seinen Pfleger anzuschließen. Jeder, der selbst schwer krank war, wird gestehen, daß das persönliche Vertrauensverhältnis zwischen dem Kranken und der Pflegeperson der wesentlichste Bestandteil der Krankenpflege überhaupt ist. Die katholische Krankenschwester hat deshalb so große Erfolge, erwirbt darum einen so großen Anteil an dem Gefühl der Zufriedenheit, und auch an der tatsächlichen Genesung der Kranken, daß sie sich selbst aufgibt und nur ihrer hohen ethischen Aufgabe lebt. Dieser seelische Faktor spielt eine ungeheuer große Rolle bei dem ganzen Heilungsprozeß. Man muß von Krankenpflegepersonen erwarten, daß ihnen das Heil des Kranken das oberste Gesetz ist.

Es soll keineswegs verkannt werden, daß die Krankenpflege eben wegen des niemals zu entbehrenden seelischen Einfühlens in den Gemütszustand des Kranken, außerordentlich hohe Anforderungen an das Pflegepersonal stellt, wesentlich höhere Anforderungen als etwa dem Arzt, der den Kranken nur kurze Zeit sieht. Es ist daher die Forderung der Schwestern und Krankenpfleger nach ausreichender Erholungszeit durchaus berechtigt. Wenn diese Erholung aber in dem Achtstunden-Arbeitstag gesucht wird, so ist das eine Verkennung des Charakters der Krankenpflege. Der mechanische Schichtwechsel würde einen unwiderbringlichen Schaden für die Kranken bedeuten, hohe ethische Werte vernichten und die aufopferungsvolle Tätigkeit als Krankenpfleger künstlich mechanischer Arbeit angleichen.

Aus dem Freistaat Lübeck.

Mittwoch, 17. Dezember.

Der „Arbeitsunterricht“ in der Reichsverfassung.

Wir lesen im Zeitungsdienst des Deutschen Lehrervereins:

Man behauptet wohl nicht zu viel, wenn man den Abschnitt „Bildung und Schule“ in der neuen deutschen Reichsverfassung als einen der am wenigsten ausgeglichenen Teile des ganzen Verfassungswerkes bezeichnet. Das trifft nicht nur auf den Absatz 2 von Art. 146 und die Absätze 1 und 2 von Art. 147 zu, dieses brüchige Ergebnis parteipolitischer Versündigung am Geiste der Erziehungsidee, sondern auch in anderen Teilen der Schulparagraphen muß man den großen Zug vermissen. So heißt es in Art. 148 Absatz 3: „Staatsbürgerkunde und Arbeitsunterricht sind Lehrfächer der Schulen“. Hier muß man grundsätzlich fragen, ob es im Wesen der Verfassung liege, Bestimmungen über einzelne Lehrfächer zu treffen. Ohne Zweifel gehören derartige Bestimmungen in die Ausführungsverordnungen und Lehrpläne; nur der Religionsunterricht macht davon eine Ausnahme. Die Staatsbürgerkunde brauchte an dieser Stelle nicht genannt zu werden, da derselbe Artikel einleitend sagt, daß in allen Schulen staatsbürgerliche Gesinnung zu erstreben ist. Staatsbürgerkunde aber ist lange nicht die allein mögliche Maßnahme zur Erzielung staatsbürgerlicher Gesinnung. Wird sie aber besonders genannt, so liegt die Gefahr nahe, daß man meinen könnte, mit der Einführung von Staatsbürgerkunde habe die Schule ihrer Pflicht zur Erzielung staatsbürgerlicher Gesinnung vollauf genügt. Wobei noch zu bedenken ist, daß Staatsbürgerkunde sehr äußerlich betrieben werden kann und dann nur zu einem Wortwissen über den Staat führt.

Weit bedenklicher ist jedoch, daß der Arbeitsunterricht als besonderes Lehrfach genannt wird. Was hat man sich unter „Arbeitsunterricht“ im Sinne der Verfassung vorzustellen? Da er als Lehrfach auftritt, doch ohne Zweifel eine Veranstaltung zur Ausbildung der Handgeschicklichkeit, also Handfertigkeitsunterricht, wie man früher sagte. Ueber Notwendigkeit und Bedeutung des Handfertigkeitsunterrichts soll an dieser Stelle nichts gesagt werden. Aber wiederum ist zu fragen, ob es im Wesen der Verfassung liege, den Handfertigkeitsunterricht als Lehrfach für die Schule verbindlich zu machen.

Und noch ein zweiter Gedankengang wird durch die Nennung des Arbeitsunterrichts angeschnitten. Man hat das Gefühl, als meine die Verfassung etwas ganz anderes als sie ausdrückt. Vielleicht meint man den Begriff „Arbeitsunterricht“ im Sinne der Arbeitsschulbewegung als Grundsatz alles Unterrichts, als Verbindlichkeitserklärung gewisser Formen der Lehr- und Lernweise. So sehr das vom Standpunkt der Erziehungswissenschaft aus zu begrüßen wäre, muß man trotzdem seine Verwunderung darüber ausdrücken, daß man keinen eindeutig klaren Ausdruck für das fand, was man wirklich meinte. Der Grundsatz des Arbeitsunterrichts wird aber keineswegs von allen Schulmännern anerkannt, und wenn das schon wäre, sind Grundsätze dieser Art niemals für die Ewigkeit gegründet, sondern dem Wechsel der Anschauungen über das Erziehungswesen und dem Fortschritt des erziehungswissenschaftlichen Denkens wie der Erfahrung unterworfen und gehören daher auch nicht in das Reichsgrundgesetz.

Der Schutz der Kriegsteilnehmer gegen Zwangsvollstreckungen.

Im Interesse der Kriegsbeschädigten und unserer Kriegsgefangenen, deren baldige Rückkehr wir erhoffen, hat es sich, wie die „V. V. N.“ hören, als notwendig erwiesen, die Geltungsdauer der Verordnung zum Schutze der Kriegsteilnehmer gegen Zwangsvollstreckungen vom 14. Dezember 1918, die ursprünglich nur für die Zeit bis zum 1. Juli 1919 festgesetzt war und durch die Verordnung vom 27. Juni 1919 schon einmal bis zum 1. Januar 1920 verlängert worden ist, nochmals um ein halbes Jahr, also bis zum 1. Juli 1920 zu verlängern. Es ist dies geschehen durch eine auf Grund des Ermächtigungsgesetzes mit Zustimmung des Ausschusses der Nationalversammlung von der Reichsregierung erlassenen Verordnung vom 12. d. Mts. Es ist zu hoffen, daß die neue Frist ausreichend und ihre weitere Verlängerung nicht in Frage kommen wird, zumal da die Absicht besteht, die Abwickelung der Schuldverbindlichkeiten der Kriegsteilnehmer inzwischen auf neuer Grundlage zu regeln.

•

Die Allgemeine Ortskrankenkasse hält am kommenden Sonnabend in Knorrs Restaurant eine ordentliche Ausschußsitzung ab, die sich u. a. mit Satzungsänderungen und der Festsetzung des Voranschlages für 1920 zu beschäftigen haben wird. Die Verschiebung des Geldwertes und die dadurch bedingten Mehrausgaben verursachen einen voraussichtlichen Fehlbetrag von rund 470 000 Mk., für den durch Erhöhung der Kassenbeiträge von Sechshundertstel auf Siebenhundertstel Deckung gesucht werden muß. Man rechnet mit einer Mitgliederzahl von 37 000 (1919: 33 000) und einer Einnahme von 3 954 850 Mk. (Voranschlag 1919: 2 522 500). Dieser stehen an Ausgaben gegenüber 4 424 560 Mk. (1919: 2 662 060).

Ingenieur Horstmann.

Roman von Wilhelm Hegeler.

68. Fortsetzung. (Nachdruck verboten.)

Mein Leben nimmt, weiß Gott, ein böses Ende. Wenn ich das gewußt hätte, als ich nach Düsseldorf kam und mich mit Anna verlobte. Das war eine Dummheit. Aber ich habs vorher geahnt. Warum konnten wir uns eigentlich nicht vertragen? Ich hätte mich in der ersten Zeit nicht so oft von ihr trennen sollen! Mann und Frau gehören zusammen. Aber war ich nicht immer bei ihr mit meinen Gedanken? Ich habe nur für sie gelebt. Aber sie ließ sich von anderen verlocken. Ihre Mutter . . ., wenn ich der nur einmal den Hals umdrehen könnte, das würde mich für vieles entschädigen. Und nun sitzen sie alle zusammen und denken: das haben wir fein gemacht! Das Geld haben wir uns leicht verdient. Ob sie wohl Angst vor mir haben? Ob ihnen nicht die Brocken im Halse stecken blieben, wenn sie mich hier sähen! Aber dies Gesindel hat ja kein Gewissen. Und ich! Was habe ich mir für Gedanken gemacht, wie habe ich mich gegrämt über das Unglück, woran ich unschuldig war! Wie sagte die schwindsüchtige Dame mit der heiseren Stimme? Es wäre besser, sie bänden sich einen Mühlstein um den Hals und ertränkten sich. Warum hat sie das gesagt? Das Wort paßt ja gar nicht. Christus hat es ja auf die gemünzt, die den Reinen ein Aergernis bereiten. Ich habe ihr hundertmal bewiesen, daß mich das Wort nicht trifft, und doch hat es mir das Leben vergiftet und mich nicht schlafen lassen . . . Aber die, denen ich nur Gutes getan habe, und die schuld daran sind, daß ich in diesem Kellerloche sitze — die sollten sich das Wort merken. Aber die lassen sichs gut schmecken und werden alt.

Als Horstmann die Hände von seinen Ohren tat, hörte er noch eine andere Stimme, die eines Weibes, das wie ein Vogel: „Hei! Hei! Hei!“ kreischte. Von neuem befiel ihn die Angst, und er lauschte mit Entsetzen.

Wie bringe ich die Stunden nur hin? Es müßte doch schon hell werden. Wie kann man einen Menschen nur so liegen lassen. Wenn doch nur jemand kommen und ein Wort mit mir sprechen wollte!

Er kroch durch das Dunkel zur Türe hin und pochte, indem er mit heiserer Stimme rief:

„Laßt mich heraus! Laßt mich doch heraus!“

Niemand antwortete ihm. Nur der Irre nebenan stieß ein kreischendes Gelächter aus, und das Weib schrie in schrillen Tönen wie ein Raubvogel in hoher Luft, der unter sich Aas wittert.

„Es müßte doch schon längst Tag sein! Warum wird denn mein Fenster nicht hell? Draußen scheint doch die Sonne. Die Leute frühstücken jetzt. Ich bin doch schon länger als eine Nacht hier. Das ist ja fürchterlich, dies Dunkel! Was war ich für ein Tor, daß ich gestern nicht in den Garten ging! Wie schön muß es draußen sein. Und wie gräßlich ist es hier! Was hat mein Vater gelitten, der acht Jahre in seiner Zelle eingeschlossen war. Herrgott, warum sagt mir kein Mensch, wie lange ich hier eingeschlossen bin? Warum sehe ich nichts? . . . Ja, das sind Steine, kalte, klebrige Steine, aber wenn ich sie nur mal sehen könnte!“

Doch plötzlich schrak er zusammen, da er ein Geräusch an seiner Tür zu vernehmen glaubte. Er tastete sich, so schnell er konnte, hin, süße Hoffnung durchströmte ihn, daß jetzt die Erlösung da wäre. Mit matter Stimme rief er:

„Macht auf! Macht auf! Bitte, macht doch auf! . . . Ach, macht auf!“

Draußen stand Mewes, der von Doktor Sinzheimer hinuntergeschickt war, um nachzusehen, ob der Kranke sich beruhigt habe oder nicht. Es war jetzt dreiviertel elf. Horstmann hatte etwa vier Stunden in der Zelle zugebracht. Für den Fall, daß er noch tobte, sollte er dort bleiben, andernfalls sollte man ihm ein lauwarmes Bad geben und ihn zu Bett bringen. Einige Augenblicke blieb Mewes horchend an der Tür stehen, dann ging er durch den Park zur Kegelbahn und meldete, daß der Kranke noch ebenso heftig tobe wie am Anfang.

Horstmann bat und horchte noch lange Zeit, ohne daß sich etwas gerührt hätte. Der Lärm in den Nebenzellen war verstummt. Es war ganz still. Pechschwarze Finsternis umgab ihn. Da sagte er sich endlich, daß alles vergeblich sei. Gänzliche Mutlosigkeit überkam ihn. Er begann langsam auf und ab zu gehen. Seine Füße raschelten in dem Stroh, das durch die ganze Zelle verstreut lag. Er tastete ängstlich mit der Hand vor sich, sich umwendend, sobald er die Mauer berührte. Manchmal blieb er stehen und fragte: „Wo bin ich? . . . In meinem Zimmer? . . . Wo? . . . Was? . . . Antwortet doch . . .“ Er horchte, dann tappte er weiter. Die Berechnung der Zeit hatte er gänzlich verloren. Die Minuten wurden Stunden. Wenn er die Zelle einmal durchschritten hatte, glaubte er einen langen Weg gemacht zu haben.

Nur war es nicht mehr der Gedanke, daß er verrückt sei, der ihn schreckte, es war die Dunkelheit und die Zeit, die still zu stehen schien — dies Lebendig-begraben-sein, das kein Ende nahm. Ein paarmal stolperte er über die Matratze, daß er lang hinschlug, aber trotz seiner blutenden Glieder raffte er sich wieder auf. Er konnte nicht still stehen.

Also komme ich wirklich nicht wieder heraus? Die anderen hat man fortgebracht, mich läßt man hier. Ich soll hier sterben! Man denkt, ich bin alt und schwach. Hinterher heißt es Herzschlag, dann ist man mich los . . . Warum wird es nicht hell? Man hat das Fenster verschüttet. Ich stecke in einem Grab . . . Was soll ich machen? Herrgott! Ich muß heraus! Ich will so nicht enden! . . .

„Laßt mich heraus! Heraus! Heraus!!!“

In der sinnlosen Angst überkam ihn noch einmal die Raserei. Er stieß mit den Stiefeln gegen die Tür, schlug sich die Hände noch blutiger, schrie sich die Stimme heiser. Schließlich fiel er ganz ermattet nieder. Aber immer von neuem pochte er mit dem Knöchel gegen das Holz, indem er tonlos flüsterte:

„Laßt mich heraus!“

Der Kopf sank ihm auf die Brust. Kalter Schweiß brach aus seinem Gesicht. Er war so kraftlos, daß er sich kaum rühren konnte. Nur die Hand vermochte er noch zu erheben und an die Tür zu pochen.

Gegen sieben Uhr morgens klopfte der Oberarzt an.

„Na, haben Sie sich beruhigt?“ fragte er, indem er vorsichtig die Tür öffnete.

Statt einer Antwort fiel ihm der angelehnte Körper entgegen. Man trug den Kranken wieder in sein Zimmer und legte ihn zu Bett. Nachdem er von dem Blut gereinigt war, bekam er eine Suppe zu trinken. Die Fragen des Arztes nach seinem Befinden beantwortete Horstmann nicht. Als er aber mit Mewes allein war, sagte er:

„Warum hast du mir nicht geholfen?“

„Ich konnte nicht. Ich wollte hinuntergehen, aber die Wärter haben mich nicht in die Abteilung gelassen.“

Nachmittags kam Doktor Sinzheimer wieder. Er reichte dem Kranken die Hand und setzte sich auf den Rand seines Bettes.

„Wie gehts?“

Horstmann nickte, ohne den Arzt, der ihm Widerwillen und Furcht einflößte, anzublicken. Der Doktor ergriff seine Hand und sagte nach einer Weile:

„Der Puls geht noch schwach. Jedenfalls sind Sie heute bedeutend ruhiger. Sehen Sie jetzt ein, daß wir Sie nicht so ohne weiteres entlassen können? Sie müssen sich nach dem gestrigen Vorfall selber sagen, daß Sie krank sind. Und zwar schwer krank. Oder glauben Sie, Sie wären gesund?“

Der Kranke, dem die Gegenwart des Arztes immer mehr zur Qual wurde, machte eine verneinende Bewegung.

„Erinnern Sie sich, was gestern nachmittag passiert ist?“

„Nein.“

„Sie waren außerordentlich erregt und haben den Herrn Amtsrichter mit einem Spazierstock geschlagen. Das würde doch einem geistig normalen Menschen nicht einfallen, einen wildfremden Menschen, den er zum ersten Male in seinem Leben sieht, plötzlich anzufallen. Sie können daraus ersehen, daß Sie krank sind.“

„Gestern abend?“ murmelte Horstmann. „Das soll gestern abend gewesen sein?“

„Natürlich! Wann denn? Haben Sie alles vergessen?“

Der Kranke nickte und schloß die Augen.

Später, als der Arzt fort war, ließ er sich von Mewes eine Zeitung bringen. Er betrachtete das Datum und sagte:

„Ich will die neueste Nummer haben.“

„Das ist die neueste.“

„Haben wir heute den achten?“

„Jawohl.“

Eine Weile starrte der Kranke brütend auf die Bettdecke.

„Dann wäre ich ja nur eine Nacht da unten gewesen.“

„Das versteht sich!“ erwiderte der Wärter. „Ihnen ist wohl die Zeit lang geworden?“

„Sehr lang.“

Fortsetzung folgt.

Vorgesehen sind für Krankengeld 1 300 000 Mk., Arzthonorar 670 000 (1919: 437 000), Entbindungskosten, Wochengeld, Stillgelder 370 000 Mark (vom Reich vergütet 135 000), Verwaltungskosten 700 000 Mark (1919: 270 000) usw. Die Statutenänderung sieht für Krankheitsfälle vom zweiten Tag ab einschließlich der auf einen Wochentag fallenden Feiertage für die ersten 26 Wochen 65 vom Hundert als Grundlohn vor (1,30—6,50 Mk.), von der 27. Woche bis zur 52. Woche die Hälfte dieser Sätze. In Fällen, wo Ortslohn als Grundlohn zu gelten hat, beträgt das Krankengeld für die Stadt Lübeck und deren Vorstädte in den ersten 26 Wochen für Kinder unter 14 Jahren 0,13, für junge Leute von 14 Jahren an, zu denen auch die Lehrlinge zählen 1,43 (weibliche 1,30), für 16—21jährige 2,53 (2,01), über 21 Jahre 3,38 (2,01) und für männliche Transportarbeiter über 21 Jahre 6,50 Mk. Nach 26 Wochen tritt eine Verkürzung um die Hälfte ein. Für die Landbezirke gelten nach obiger Reihenfolge folgende Sätze: 0,71 (weiblich 0,71), 1,30 (1,10) 2,01 (1,43) 2,53 (1,60). Die Kassenbeiträge sollen beim Grundlohn in den 9 Klassen betragen: 0,84, 1,26, 1,68, 2,10, 2,52, 2,91, 3,36, 3,78 und 4,20 Mk. Den Bedürfnissen entsprechend ist auch eine Erhöhung der Beiträge bei Ortslohn und für die Landbezirke vorgesehen. Für unständig beschäftigte männliche Transportarbeiter über 21 Jahre wird der Ortslohn für die Stadt Lübeck und Vorstädte auf 10 Mk. erhöht. Die Beiträge für Kassenmitglieder, für die Sonn- und Feiertage Arbeitstage sind, belaufen sich von 0,90 bis 4,50 Mk.

Verjährung von Forderungen. Für alle Interessierten ist es erforderlich, ihre ausstehenden Forderungen daraufhin zu prüfen, wann sie verjähren. Durch den Krieg ist die Verjährung unterbrochen, so daß im allgemeinen am 31. Dezember 1919 erst die Forderungen verjähren, deren Frist schon normalerweise am 31. Dezember 1914 abgelaufen war. Eine neue Verordnung über Unterbrechung der Verjährungsfristen ist nicht erschienen. Es verjähren am 31. Dezember 1919 nach der laut Bürgerl. Gesetzbuch geltenden Verjährungsfrist von 2 resp. 4 Jahren im allgemeinen aus den Jahren 1912 bezw. 1910. Es ist deshalb unbedingt erforderlich, bis zu dem Zeitpunkt seine Forderung geltend zu machen. Außerdem ist noch zu beachten, daß besondere Maßnahmen zum Schutze der Kriegsteilnehmer getroffen sind. Bei diesen ruht die Verjährungsfrist bis zu ihrer Entlassung. Bei Kriegsgefangenen oder sich noch auswärts befindlichen Kriegsteilnehmern beginnt die Verjährungsfrist mit der Heimkehr. Soll eine Forderung rechtsgültig festgelegt werden, so ist Klage oder Erlaß eines Zahlungsbefehls erforderlich. Eine einfache Mahnung genügt nicht, dagegen bedeutet eine Schuldanerkenntnis des Schuldners (wie Abschlagzahlung oder Zinsen, Sicherheitsleistung) Unterbrechung der Verjährungsfrist. Durch Verordnung der Reichsregierung vom 26. November 1919 sind die Verjährungsfristen für Forderungen, die mit Ende Dezember 1919 verjähren würden, bis 31. Dezember 1920 verlängert worden.

Anzeigepflichtige Krankheiten wurden im Monat November 78 gemeldet. Es waren 51 Fälle Diphtherie (gestorben 5), 1 Fall Masern, 22 Fälle Scharlach (gestorben 2), 1 Fall Granulose, drei Fälle Wochenbettfieber (gestorben 1).

Gemeinnützige Siedlungsgenossenschaft. Die letzte Siedlerversammlung beschloß einmütig die Gründung der gemeinnützigen Siedlungsgenossenschaft. Aus der Satzung ist zu erwähnen, daß das Eintrittsgeld auf 5 Mk., der Anteil auf 300 Mk. festgesetzt und eine Höchstbeteiligung mit 30 Anteilen zugelassen wurde. Es sind sogleich über 300 Siedler beigetreten. Es wurde beschlossen, ein Konto bei der Bank für Handel und Gewerbe zu eröffnen, und man war sich einig darin, daß man außer Geld vor allem Land zu niedrigen Preisen beschaffen müsse.

Mieterschutzverein. Auf die heute abend 7½ Uhr in den Zentralhallen stattfindende Versammlung zur Gründung eines Mieterschutzvereins weisen wir hierdurch nochmals hin.

Die Eisbahn des Verbandes für Leibesübungen und Jugendpflege auf dem Mühlentorbrink hat noch nicht eröffnet werden können, weil die Vorbereitungen für die Wasser- und Beleuchtungsanlage unerwartet verzögert worden sind und die Planierung infolge des schlechten Zustandes des Platzes soviel Arbeit verursacht hat. Im Laufe dieser Woche dürfte die Eröffnung stattfinden, was durch Annoncen und Aushängen eines Schildes im Schaufenster der Eisenwarenhandlung von Grube in der Breiten Straße, Ecke Kohlmarkt, bekannt gemacht wird. H.

Aus dem Parteileben.

Die Vierzehnerkommission des Deutschen Sozialistentages (Zentrale der sozialistischen Arbeitsgemeinschaft), die am 7. Dezember 1919 in Berlin zusammengetreten war, hat einstimmig beschlossen, einen allgemeinen deutschen Sozialistentag einzuberufen. Er soll etwa 14 Tage nach dem süddeutschen Sozialistentag, der in der ersten Hälfte des Januar stattfinden soll, tagen. Die Einigung der Zentralstelle für die Sozialdemokratie ist zur Teilnahme aufgefordert worden, ebenso sollen sämtliche Parteileitungen und Gewerkschaftsvorstände eingeladen werden. Zuschriften an den engeren Arbeitsausschuß der Vierzehnerkommission (Zentrale sozialistischer Arbeitsgemeinschaft, Berlin, Potsdamerstraße 134.)

Sozialistische Siege bei den Gemeinderatswahlen in Frankreich. Das Ergebnis der Gemeinderatswahlen in Frankreich war für die Sozialisten weit besser, als das der Kammerwahlen. Zahlreiche große Provinzstädte haben nunmehr eine absolute Sozialistische Majorität, so z. B. Lyon, Lille, Troyes, Perigueux (Dordogne) und Grenoble. In den meisten dieser Städte wird ein Sozialdemokrat zum Bürgermeister gewählt werden, so der Abgeordnete Delory in Lille und der Abgeordnete Moutet in Lyon. Bemerkenswert ist die Tatsache, daß in zahlreichen Städten, namentlich bei der Stichwahl, die Sozialisten mit der bürgerlichen Linken gemeinsame Listen aufstellten, obgleich der französische Parteivorstand diese Verbindungen bei den allgemeinen Kammerwahlen vom 16. November aus Gründen des reinen Klassenkampfes verboten hatte.

Sigvald Olsen †. Der Vorsitzende der dänischen sozialdemokratischen Reichstagsfraktion, Genosse Sigvald Olsen, ist nach einer Meldung aus Kopenhagen Dienstag nachmittag im Alter von 65 Jahren gestorben.

Arbeiterbewegung.

Angestelltenstreik in Dortmund. Seit Dienstag nachmittag 3 Uhr streiken in Dortmund sämtliche Angestellte der großen und mittleren Geschäfte und Kaufhäuser der Stadt.

Reich und Ausland.

Der todbringende Methylalkohol. In Memel starben sieben Schiffer nach Genuß von aus Methylalkohol selbstgebrautem Schnaps.

Ein Kriegsidyll. Eine Bäuerin, die seit Oktober 1918 einen deutschen Soldaten versteckt hat, ist jetzt in Bussann bei Lille verhaftet worden, ebenso der Soldat, der, wie eine französische Meldung sagt, ihr Freund geworden war. Er heißt Romanofky, ist aus Polen und stand im 81. Feldartillerieregiment. Die Bäuerin hatte versucht, ihn als einen taubstummen Verwandten auszugeben, und ihn sogar in die Wählerliste eintragen lassen.

Vier Knaben ertrunken. Wie die „Anhaltische Elbezeitung" aus Roßwig meldet, sind am Montag auf einem leicht zugefrorenen Wasserloch der Elbe vier Knaben eingebrochen und ertrunken.

Eine 50-Markschein-Fabrik hat die Kriminalpolizei in Berlin entdeckt. Es wurden für 17½ Millionen Mark-Falschgeld beschlagnahmt, dazu die Platten und die Druckwerkzeuge.

Stinkbomben gegen „Schloß Wetterstein". Bei der Aufführung von Wedekinds „Schloß Wetterstein" in den Kammerspielen in München wurde von einem Feldwebel eine Bombe auf die Bühne geworfen. Das Publikum flüchtete schreiend. Der eiserne Vorhang fiel. Verletzt wurde niemand. Bei dem Täter wurden noch mehrere Stinkbomben vorgefunden. Er erklärte, er habe gegen das „anstößige" Stück auf diese Weise demonstrieren wollen.

Briefkasten.

Berichtigung. Infolge eines Versehens beim Umbrechen der Zeitung ist in Nr. 293 d. Bl. unmittelbar an den Leitartikel „Die Marneschlacht der Revolution" eine zweite, besondere Notiz geraten, die mit dem Artikel selbst nichts zu schaffen hat. Aufmerksame Leser werden sofort den Irrtum bemerkt haben. Die neue Notiz beginnt mit dem letzten Absatz auf der ersten Spalte: „Es gibt im deutschen Vaterlande . . ."

Sch. Ihr Eingesandt erledigt sich durch die inzwischen erfolgte Mitteilung des Landesversorgungsamtes, daß es für die Feiertage den Verbrauchern ein Paar Brinkel außer der Regel gewähren will. Harren wir hungernd oder vielmehr: hungern wir harrend den uns angekündigten Leckerbissen entgegen, die man uns zukommen lassen will (womit gesagt ist, daß wir sie noch lange nicht haben). In den Feiertagen haben wir Zeit genug, uns den Mund zu wischen.

Eingegangene Druckschriften.

Das hessische Landgesetz. Gesetzestext mit kritischen Anmerkungen von C. H. Bornemann, Mitglied der Hessischen Volkskammer. Vollzugsordnung, Reichssiedlungsgesetz, Kleingarten- und Kleinpachtlandordnung, Sachregister. Verlag: Union-Druckerei und Verlagsanstalt G. m. b. H., Abt. Buchhandlung, Frankfurt a. M. 92 Seiten, broschiert 3 Mark, gebunden 4,50 Mark.

Hessen war eines der ersten Länder, die daran gingen, im Sinne der Reichssiedelungsordnung ein Gesetz zu schaffen, das darauf abzielt, den Großgrundbesitz zu zerschlagen, neue leistungsfähige Bauernwirtschaften zu schaffen, den Zwangswirtschaften mit Land aufzuhelfen und Wohnsiedelungen mit Gartenland für Arbeiter und Kriegsinvaliden zu ermöglichen. Der ursprüngliche Gesetzentwurf ging weit über die Reichssiedelungsordnung hinaus. Auf Betreiben der Großgrundbesitzer und ihrer Anwälte wurde aber über den Weg von Weimar, wo gerade das Reichssiedelungsgesetz zur Beratung stand, der hessischen Reformarbeit Hindernisse in den Weg gelegt. Selbst in der Reichsverfassung wurden grundlegende Bestimmungen über Entschädigungen bei Enteignungen festgelegt, die einer durchgreifenden Landbesitz- und Bodenreform Schwierigkeiten bereiten.

Immerhin sind mit dem hessischen Reformwerk Wege beschritten, die richtunggebend für die Gesetzgebung der übrigen deutschen Länder werden können. Ueber das hessische Landgesetz und seine Ausführungsbestimmungen, das Reichssiedelungsgesetz, sowie die Kleingarten- und Kleinpachtordnung informiert vorzüglich das soeben erschienene Werk. Das Buch ist jedem Bürger und jedem Arbeiter, der etwas Landbesitz hat oder sich darum bewirbt, jedem Politiker, der sich über das Landgesetz informieren will oder sich mit Agrarfragen beschäftigt, jedem Ansiedler und Landbewerber, besonders aber jedem Gemeindevertreter aufs angelegentlichste zu empfehlen.

Sonderausgabe von Weizenmehl.

Vom Sonnabend, dem 20. Dezember bis zum Freitag, dem 26. Dezember d. J. werden **auf den Kopf der Brotkarte** der sechsten Brotwoche

125 Gramm 80proz. Weizenmehl

ausgegeben.

Auf den Brotkartenabschnitt B werden, wie bisher, 250 Gramm Brot oder 150 Gramm 80proz. Weizenmehl ausgegeben.

Die Händler haben den Kopf der Brotkarte von dem Abschnitt B getrennt und für sich verpackt zusammen mit der Mehlverbrauchsnachweisung dem Landesversorgungsamt, Abt. I, bis zum Montag, dem 29. Dezbr. einzuliefern.

Lübeck, den 16. Dezember 1919. (11724

Das Landesversorgungsamt.

Umtausch von Kinderfleischkarten.

Vom **Donnerstag, dem 18. Dezember** ab findet der Umtausch der Fleischkarten für Kinder vom ersten bis vierten Lebensjahre statt, und zwar werden gegen Abgabe der für die Zeit vom 22. Dezember bis 18. Januar gültigen Kinderfleischkarte Bezugsausweise für

1 Pfd. Weizengrieß z. Preise v. 92 Pfg. für 1 Pfd.
1 „ Haferflocken „ „ „ 92 „ „ „ „
1 „ Kartoffelgrauben „ „ „ 170 „ „ „ „
½ „ Zwieback oder Keks, je nach Vorrat,
65 Pfg. für 1 Pak. Zwieback,
60 Pfg. für 1 Pak. Keks
100 Gramm Kakaopulver z. 140 Pfg. für 100 Gramm
1 Dose Malzextrakt „ 260 „ „ 1 Dose

ausgegeben.

Der Umtausch findet wie folgt statt:
in der Zeit vom 18. bis einschl. 20. Dezbr. 1919 vorm. von 9—2 Uhr in der Börse, Eingang vom Markt,
in der Zeit vom 22. Dezbr. bis einschl. 15. Januar 1920 werktäglich von 9—2 Uhr in der Nahrungsmittel-Verteilungsstelle, Breite Straße 65, I., Zimmer 1.

Geburtsausweis, sowie der Ausweis zum Bezuge von Lebensmitteln sind vorzulegen.

Fleischkarten, auf welche bereits Fleisch entnommen ist, werden nicht angenommen.

Lübeck, den 17. Dezember 1919. (11725

Das Landesversorgungsamt.

Bekanntmachung.
Anmeldung des Anspruchs auf den Entlassungsanzug.

Die letzte Frist für die Anmeldung des Anspruchs des infolge Demobilmachung Entlassenen und der vor dem 9. November 1918 entlassenen anspruchsberechtigten Kriegsbeschädigten ist der **28. Dezember 1919**, für alle später Entlassenen 3 Monate nach dem erfolgten Ausscheiden. Wenn innerhalb dieser Frist ohne entschuldbaren Grund der Anspruch auf den Entlassungsanzug nicht angemeldet worden ist, verfällt der Anspruch.

Wer schon im Besitze einer Bekleidungsnummer ist, braucht nicht erneut den Anspruch anzumelden.

Versorgungsstelle Lübeck.
(1... (Demobilmachungsamt)

An die Kartoffelerzeuger.

Unter Bezugnahme auf die Bekanntmachung vom 15. September ds. Js. über die Regelung des Verkehrs mit Kartoffeln aus der Ernte 1919 werden die Kartoffelerzeuger hierdurch aufgefordert, die von ihnen bei der Lieferung von Kartoffeln eingezogenen Kartoffelkarten an das Landesversorgungsamt, Abt. II, Städtische Kartoffelstelle einzusenden.

Die Ablieferung hat bis zum Ende dieses Monats zu erfolgen.

Lübeck, den 16. Dezember 1919. (11723

Das Landesversorgungsamt.
Abt. II. Städtische Kartoffelstelle.

Bekanntmachung.

Am 24. Dezember wird die Reichsbankstelle von **12 Uhr mittags** ab, am 27. Dezember **gänzlich** für den Verkehr **geschlossen.**

Reichsbankstelle.
11740 Maeder. Hecker.

Bekanntmachung.

Um einem **Einfrieren der Wasserleitungen** vorzubeugen, pflegen viele Hausbesitzer und Mieter — den gesetzlichen Vorschriften zuwider — durch Offenstellen der Zapfhähne und sonstigen Verschlußeinrichtungen das Leitungswasser ablaufen zu lassen. Dadurch kann die Sicherheit einer ungestörten Wasserversorgung ernstlich gefährdet werden. An die Bewohner der Stadt und der Vorstädte ergeht daher die dringende Aufforderung im öffentlichen wie im eigenen Interesse, die oben erwähnten Maßnahmen zu unterlassen. In den Häusern, in welchen eine begründete Besorgnis wegen Einfrierens der Leitung besteht, empfiehlt es sich, den Haupthahn derselben für die Dauer der Nacht abzuschließen und die Leitung in allen ihren Teilen zu entleeren. (11697

Lübeck, d. 16. Dez. 1919.

Die Betriebsbehörde.

Bekanntmachung.

Bei anhaltendem Frostwetter können leicht Rohrbrüche in den **Hauptgasleitungen** a. d. Straße eintreten, wobei das ausströmende Gas, weil es durch die gefrorene Straßendecke nicht entweichen kann, durch Sielrohr- und Wasserrohrgräben und lockere Bodenschichten in die benachbarten Hausgrundstücke übertritt. Solche Gaseinströmungen sind jedoch mit großen Gefahren für die Bewohner der betreffenden Grundstücke verknüpft und ergeht deshalb hiermit an das Publikum die dringende Aufforderung, von allen in den Häusern wahrnehmbaren Gasgerüchen an zuständiger Stelle **sofort** Meldungen zu erstatten. Räume, in denen Gasgeruch bemerkbar ist, sind zu lüften, dürfen mit Licht nicht betreten werden und sind für den Aufenthalt von Personen ungeeignet.

Um einem **Einfrieren der Gaszuführungsleitungen u. der Gasmesser vorzubeugen,** wird dringend empfohlen, diese vor Frost gut zu schützen sowie Kellertüren u. Fenster sorgfältig geschlossen zu halten.

Meldungen werden in Lübeck im Geschäftshause der Gas-, Elektrizitäts- und Wasserwerke, Mengstraße Nr. 26, in Travemünde, Schwartau, Schlutup und Kücknitz auf den dortigen Gasbehälterstellen entgegengenommen. (11696

Lübeck, den 16. Dez. 1919.

Die Betriebsbehörde.

Brautpaar sucht zum 1. Januar 1 oder 2 leere Zimmer m. Kochgel. (11715 Angeb. u. P S a. d. Exped.

Zu verk. getragen, f. n. Wiegenpferd. (11701 Waisenhofstr. 1.

Bekanntmachung.
Leinölfirnis.

Anträge auf **Zuweisung von Leinölfirnis** an Angehörige des selbständ. Malergewerbes im lübeckischen Staatsgebiet sind umgehend an die **Gewerbekammer, Breite Str. 40, I,** mittels der dort erhältlichen Formulare zu richten. Meldeschluß 23. Dezember 1919. Preis voraussichtlich 18 Mk. und 80 Pfg. Anmeldegebühr pro kg. Anzahlung 9 Mk. pro kg bei Anmeldung. Lieferzeit unbestimmt. Höchstzulässiges Antragsquantum 10 kg pro Arbeitskraft (Meister, Geselle, Lehrling) nach dem Stande vom Juli bis September. (11726

Lübeck, 16. Dezemb. 1919.

Die Gewerbekammer.

Ernst Frederstorf
Anna Frederstorf
11711) geb. Olsson
Vermählte.
Lübeck, den 9. Dez. 1919.
Für die Glückwünsche und Geschenke dank. herzl. D. O.

Statt bes. Nachricht.

Am Samstag, dem 13. Dezbr., nachmittags 3½ Uhr entschlief sanft nach kurzem schweren Krankenlager meine liebe Frau, meiner Kinder treusorgende Mutter, meine unvergeßliche Schwester

Frau Paula Schock
geb. Gast.

Sie folgte dem am 2. Dez. geborenen Sohn

Ernst August Schock

einen Tag später in die Ewigkeit. (11730

In tiefer Trauer
Alex. Schock u. Kinder
Grete Schmitz geb. Gast
Flensburg.
Kücknitz, Kolonie 65.

Die Beerdigung findet Donnerstag, den 18. Dezember, nachmittags 3 Uhr von der Johanneskirche in Kücknitz aus statt.

Billig zu verk. 1 Puppensportwagen, Pferdestall, 1 Posten g. Bücher. 11706) Sedanstraße 7.

Sonntag Nacht entschlief sanft nach kurzer schwerer Krankheit im 70. Lebensjahre unsere liebe gute Mutter, Schwieger- und Großmutter und Schwester

Maria Krecker,
geb. Matthies.

Aufs tiefste betrauert von (11738

den Hinterbliebenen.

Moisling, 17. Dez. 1919.

Die Beerdigung findet am Donnerstag, 18. d. Mts., nachm. 3½ Uhr von der Kapelle zu Genin aus statt.

Neuer Entlassungsanzug Größe 48, z. verk. (11714 Wickedestr. 29, II.

1 fast neuer Herren-Paletot zu verk., 1 Schülergeige mit Kasten, 1 Brathaube, leinene Kragen Gr. 34, Herrenhüte, weiße Weste, 1 Zirkelbesteck, Kuckucksflöte zu verkaufen. 11712) Brüderstr. 1 a. I.

Ein Sparherd, sog. Brennhexe, neu, billig zu verk. 11715) Krempelsd. Allee 33

Fast neuer 2tür. Kleiderschrank preiswert zu verk. Alte Kaserne Wohnung 69 Eingang Bez.-Rdo. (11720

Zu verk. eine noch fast neue Petroleumhängelampe. 11745) Engelsgrube 43/5.

Ein großer starker eichener Koffer zu verk. 11746) Engelsgrube 73/4.

Fast neue zweireih. Wiener Handharmonika, 1 neuer Jünglings-Ulster, blaue Hose u. Weste, u. Kragen, 37, z. verk. o. zu t. (11734 Koppelstr. 9a b. d. Emilienstr.

Druckkasten u. Schattenbildermaschine zu verk. 11716) Hüxstr. 118, Hrb.

Zu verkaufen ein fast neu. gr. eis. Ofen. Zu besehen abends nach 6 Uhr. (11717 Lohstr. 14 Stockelsdorf.

Gutes Sofa, 2 Fachbücher für Tischler, Bildhauer zu verkaufen. 11709) Engelswisch 53.

Neuer Entlassungsanzug Gr. 1,65 b. 1,68, f. 150 Mk. zu verkaufen. 11678) Blumenstr. 9, I.

Eine gr. Puppe zu verk. 11719) Karpfenstr. 18, III.

Zu verkauf. Puppenstube und Küche mit Einricht. 11718) Gr. Kiesau 17.

Wachsamer Hund, a. Kette gewöhnt, z. verk. (11710 Heimstätten, a. d. Heide 51.

Einige Spielsachen und schöner eich. Nähtisch zu verkaufen. (11708 Karpfenstraße 24.

Ein Blockwagen, z. Langmachen, zu verk., Pr. 45 M. 11702) Krähenstr. 22/4.

Billig zu verk. eine Tretnähmaschine alten Systems. 11742) Aegidienstr. 24.

1 Paletot zu vertauschen 11707) Glockengießerstr. 78.

1 Frack, 1 Jünglings-Ulst., 1 Paar neue Schaftstiefel, 28½, zu vertauschen. 11733) Schwart. Allee 90a, II.

2 Paar guterh. Stiefel, Gr. 34 u. 42, zu vertauschen. 11704) Margaretenstr. 27 p. h.

Zu vertauschen 1 Paar fast **neue** Damenschuhe, Gr. 37, (11744 Paulstraße 16, III.

Gesucht **Haus** vor dem Holstentor. Angeb. unter **U M 150** an die Exp. (11713

Ein schwarzes **Huhn entlaufen.** Bitte abzugeben 11708) **Böttcher,** Meierstr. 28a

Verloren tr. Rad o. Blockwagen. Abzug. g. gute Bel. Werderstr. 24 1. lks. (11743

Die Behauptung, die ich gegen den Schneidergesellen Friedr. Bleiert gesagt habe, erkläre ich für unwahr. 11700) **Alwin Daniel.**

Ankauf Möbel
als **Sofas, Stühle, Tische, Schränke** aller Art, **Koffer, Uhren** usw., sowie **altertüml. Gegenstände** aller Art kauft dauernd (11690
Alwin Pump
Dankwartsgrube 62.

Gummi-Absätze und Ecken
11748) empfiehlt
Carl Hans Kühl, Lübeck,
Mühlenstraße 42.

Steh- und Hängelampen, Lampenkuppeln, Petroleum-Maschinen, Petroleum-Oefen und versch. andere Sachen billig zu verkaufen. (11741
Fischstraße 23.

Weihnachtsbäume gibt billig ab
Julius Möller, Vorwerkstr. 16.
Verkauf auch in Partien.